

WAS DIESES HEFT BRINGT

| | Seite |
|--|-------|
| <i>Heinz Dähnhardt</i> Die Söhne und das Erbe der Väter | 56 |
| <i>Theo Christiansen</i> Otto Scheel | 61 |
| <i>L. P. Christensen</i> Redakteur J. Jessen | 68 |
| <i>Peter Hansen Petersen</i> Dr. Adolf Köster..... | 73 |
| <hr style="width: 10%; margin-left: 0;"/> | |
| <i>Ludvig Holberg</i> Bedenken von zeitloser Gültigkeit..... | 78 |
| <i>Caspar Danckwerth</i> Ein Porträt | 79 |
| Umschau ab Seite 87 | |

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,- DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,- DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Str. 9.
Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

In der Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes am 6. Juni in Husum wurde die Frage aufgeworfen, ob die heutige Jugend überhaupt noch ein echtes Verhältnis zu den Grenzfragen habe, ob das Ringen um die Grenze für sie noch echter Antrieb zum Handeln sei. Sie wurde ausgelöst durch die Bemerkung Jens Nydahls, unseres Ersten Vorsitzenden, daß es darauf ankomme, die junge Generation mehr als bisher zur Mitarbeit heranzuziehen. Dabei gab er in seiner Antwort an den Fragesteller der Meinung Ausdruck, daß die Probleme und Kämpfe der Väter für die heutige Jugend sicher weitgehend uninteressant und keine echte Antriebskraft mehr seien, moderne Problemstellung in Grenzlandfragen sie aber durchaus berühre.

Die gleiche Frage der Weiterführung dessen, was die Väter geleistet haben, wurde von Heinz Dähnhardt, dem Leiter der Grenzakademie Sankelmark, in einem Vortrage anlässlich der Hauptversammlung deutscher Lehrer in Tingleff aufgeworfen. Was er dort zu dieser Frage sagte, steht auf den folgenden Seiten.

Das Erbe der Väter selbst wird dargestellt an drei führenden Persönlichkeiten unseres Grenzlandes aus der vorigen Generation: dem deutschen Theologen und Historiker Otto Scheel, dem langjährigen Chefredakteur von Flensburg Avis und dänischen Abgeordneten im alten Deutschen Reichstag, Jens Jessen, und an Adolf Köster, dem deutschen „Abstimmungskommissar“ 1920. Im ersten Heft dieses Jahres sind dem schon vorauf gegangen die Lebensbilder des Generalsuperintendenten Theodor Kaftan, des Reichstagsabgeordneten und späteren Folketingsmannes H. P. Hanssen und des einstigen Führers der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, Johannes Schmidt-Wodder, der vor einigen Tagen seinen neunzigsten Geburtstag feiern konnte. Es werden noch folgen Würdigungen der Lebensarbeit von Ernst Schröder und J. P. Nielsen.

Das allgemeine Verhalten der heutigen Jugend steht im Mittelpunkt einer deutsch-dänischen Tagung des Grenzfriedensbundes Anfang Juli in Sankelmark. Über die „Jugend im Wandel der Gesellschaftsstruktur“ werden dort sprechen Prof. Dr. Hallermann, Kiel, und Hochschullehrer Poul Dam, Magleås; „Freizeitprobleme der Jugend“ behandeln Jugendpastor Kraft, Kiel, und cand. polyt. Jørgen

*Andersen, Kopenhagen; zu „Jugend und Erwachsenenbildung“ nehmen Stellung
Dr. Jürgen Henningsen, Kiel, und cand. jur. Poul Engberg, Snoghoj.
Wenn auf dieser Tagung Grenzfragen auch nicht das zentrale Thema sind, so
werden sie doch bei einem deutsch-dänischen Teilnehmerkreis irgendwie „mit im
Raume stehen“. Der Grenzfriedensbund fügt mit dieser Tagung seinen
Bemühungen um das gemeinsame Gespräch zwischen hüten und drüben einen
weiteren Stein hinzu. —er*

Die Söhne und das Erbe der Väter

I

In jeder Zeit erzieht die ältere Generation die Jugend, die heranwächst. Sie wird von ihren Eltern und Lehrern, Lehrherren und Meistern in den Fähigkeiten und Fertigkeiten ausgebildet, die dazu notwendig sind, daß das weitergeführt wird, was diese begannen; jede Zeit bemüht sich, die Jugend in diesen rechten Lebensgebrauch einzuüben. Dies geschieht nicht nur im Hinblick auf die jeweilige Gegenwart, stets wird auch die Zukunft mit einbegriffen, die freilich unserem Blick entzogen ist. Wir wissen nur, daß sie anders aussehen wird als das Gegenwärtige, nicht aber, was in Wirklichkeit einmal sein wird; um so lebhafter eilen unsere Gedanken in sie voraus. Wir planen stets im voraus und finden uns nicht einfach mit dem Bestehenden und Vorhandenen gedankenlos ab. Wir „beugen der Zukunft vor“ und versuchen damit, ihr etwas von ihrer Ungewißheit zu nehmen. So bauen wir heute Straßen für den wachsenden Verkehr, wir rationalisieren und technisieren unsere Betriebe, vereinheitlichen die Märkte und verbessern die sozialen Gegebenheiten. Den wertvollsten Beitrag für die Zukunft aber stellen die Heranwachsenden dar. Das Zukünftige, das unserem eigenen Blick entzogen ist, wird eines Tages ihre Gegenwart sein. Wir hoffen und erwarten von ihnen, daß sie diese künftige Gegenwart meistern und in ihr ein rechtschaffenes und erfolgreiches Lebenswerk vollbringen werden. Vielleicht — das ist unser geheimer Wunsch — gelingt es ihnen hierbei, die Fehler, die wir in unserem eigenen Leben begangen haben, zu vermeiden und das zu vollenden, was uns selbst versagt blieb.

Unter diesen Zeichen steht die Erziehung und Ausbildung der Jugend. Jedoch ergibt sich hierbei eine Schwierigkeit: Vor welche Aufgaben unsere Kinder in Zukunft gestellt werden, läßt sich nur vermuten, wie diese Aufgaben im einzelnen aussehen werden, wissen wir nicht. Wir können die Zukunft nicht vorwegnehmen, sondern müssen uns damit begnügen, aus der Gegenwart in die Zukunft zu projizieren. Wir können die Heranwachsenden nur mit dem Wissen und der Erfahrung ausrüsten, über die wir selber verfügen. Wir verlassen uns heute darauf, daß der junge Mensch, der unter unserer Anleitung lernt, die Gegenwart zu meistern, sich auch in einer Zukunft bewähren wird, die nicht mehr die unsrige ist. Das Kind fängt ja nicht einfach von vorne an, es findet bereits eine Gegenwart vor, es wächst in einer Umwelt auf, die vorgeprägt ist. Mit seiner Erziehung kann zunächst nur beabsichtigt werden, daß es lernt, sich in dieser Vorgefundenen

Gegenwart zurechtzufinden, daß es befähigt wird, in ihr die seinen Anlagen und Neigungen entsprechende Chance zu ergreifen. Das ist, wenn es richtig geschehen soll, schon sehr viel.

Aber auch die Gegenwart fängt nicht von vorne an, sie kommt von der Vergangenheit her. In die Gegenwart einführen heißt also stets, auch in ein Erbe ein- führen: in das Erbe der Sprache und der Geschichte, das Erbe der Fähigkeiten und Fertigkeiten, an denen viele Jahrhunderte geschaffen haben, wie schließlich auch in das Erbe alles dessen, was der Mensch über sich und seine Bestimmung gedacht hat. Jede Gegenwart muß sich auf ihre Weise mit diesem Erbe auseinandersetzen. Denn das Erbe ist nicht ein mündelsicher angelegtes, gegen jede Art von Entwertung geschütztes Kapital, von dem man lediglich die Zinsen abzuheben braucht. Das Erbe hat nur insoweit Bestand, als es von einer neuen Zeit neu erworben und von ihr in Besitz genommen wird. Nur der Teil des Erbes, den ich mir selbst erworben habe, wird zu einem lebendigen Erbe, das weitergegeben werden kann. Welches lebendige Erbe können wir den Heranwachsenden vermitteln, daß sie vor der Zukunft bestehen?

II

Diese Frage beantwortet sich von selbst in einer Zeit, in der die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse sich nur unmerklich wandeln, das Leben in den gewohnten Bahnen weitergeht, die Söhne wie selbstverständlich das Anwesen und den Beruf des Vaters übernehmen und eine gesicherte Zukunft allen gewiß erscheint. Und diese Frage wird zu einer brennenden Frage in einer Zeit wie der unsrigen, die knappe fünfzig Jahre dazu benötigte, das Bild der Welt gründlich zu verändern, in der die Arbeits- und Lebensweise von heute nur noch entfernt an die von einst erinnert, die Söhne — und nunmehr auch die Töchter — einen selbständigen Beruf ergreifen wollen und die zukünftige Entwicklung alles andere als gesichert ist. Was vermögen aber in einer solchen Zeit, die neue Anforderungen an den Menschen stellt und in der neue Formen der Arbeit und des Daseins ihr Recht verlangen, das Wissen und die Erfahrung der Älteren auszurichten?

So kann es nicht verwundern, daß wir heute bei den Älteren häufig auf Resignation, Skepsis und Zweifel stoßen. Sie erwarten nichts Rechtes mehr von der Gegenwart, die wie ein großes Verhängnis erscheint, dem sie wehrlos ausgeliefert sind. Vielen fällt es schwer, von dem Gewohnten und Vertrauten, das sich überlebt hat, Abschied zu nehmen. Hat sich Ähnliches und Vergleichbares nicht aber auch sonst schon ereignet? Auch um 1750, um 1800 oder um 1850 sah es — mit den Augen unserer Vorfahren betrachtet — in Schleswig-Holstein anders aus als vor- dem und nachher. Auch damals gab es bereits Menschen, die der guten alten Zeit, die nun unwiederbringlich dahingegangen sei, nachtrauerten und

die von der Zukunft nichts erwarteten. Daß auch heute die Verhältnisse sich wandeln, Zeiten ein- ander ablösen, Altes vergeht und Neuem Platz machen muß, sollte nicht bestürzen und entmutigen.

Wer das, was in der Gegenwart geschieht, mehr oder minder verneint, läuft nämlich bei der Jugend Gefahr, daß sie ihm dies zurückgibt, indem sie das Erbe verneint. Dazu bedarf es nicht einmal starker und lauter Worte; ein solcher Vorgang kann sich auch unter der Decke vollziehen. Die Jüngeren passen sich nach außen hin noch den Älteren an; im stillen hegen sie aber bereits eigene Gedanken und gehen sie ihren selbständigen Weg. Weithin ist es heute so. Die Jugend hat zumeist andere Interessen, Ziele und Auffassungen vom Leben als wir selber. Sie lebt bereits in einer anderen Zeit; denn es fällt ihr leichter als uns, mit der Zeit zu gehen. Dennoch bleibt sie auf unsere Erfahrung und auf unser Wissen angewiesen. Wie also sollen wir Älteren uns in einer Zeit, die sich wandelt, einer Jugend gegenüber verhalten, die bereits unter einem neuen Horizont lebt? Ich möchte dies an einigen Beispielen verdeutlichen.

III

Im Gegensatz zu vielen Älteren hat die Jugend mit der modernen Technik und Zivilisation ihren Frieden geschlossen. Musiktruhe, Motorrad, Plattenspieler und Fernsehapparat sind für sie nicht Zeichen einer materialistischen Geisteshaltung und eines übersteigerten Lebensstandards, sondern ein selbstverständliches Lebenszubehör, das man anstrebt und für das man sich unter Umständen anderes ver- sagt. Wer dies nun in Bausch und Bogen von vornherein verdammt, handelt nicht sehr klug, denn er begibt sich damit jeder Einwirkung. Es ist klüger, diesen Wandel in den Lebensgewohnheiten, der sich nicht aufhalten läßt, zu erkennen und anzuerkennen. Erst dies schafft die Voraussetzung für die Aufgabe, die wir nun wirklich haben: nämlich zu einem rechten Gebrauch dieser Lebensgüter anzuleiten und ihrem Mißbrauch zuweilen auch ein kategorisches Nein entgegenzusetzen. Das verspricht jedenfalls mehr Erfolg als die zumeist angewandte Methode, daß man sich entrüstet und den Dingen dann doch ihren Lauf läßt.

Die Jugend bejaht jede technische Neuerung, die sich als zweckmäßig und nützlich erweist. Sie wehrt den technischen Fortschritt auch dann nicht ab, wenn durch ihn das Herkömmliche und Gewohnte in Frage gestellt wird. Ihr geht es nicht so sehr darum, die Heimat unverändert zu erhalten, als vielmehr darum, mit Hilfe der Technik in der Heimat zeitgemäß zu leben. Sie meint also, wenn sie von Heimat spricht, nicht etwas Beharrendes, das gegen die Anforderungen der Gegenwart abzuschirmen wäre, sondern etwas stetig Entwickelndes, sie stößt manches, das überkommen ist, deshalb ab, weil sie auch in Zukunft beheimatet bleiben möchte.

Wer dies nicht erkennt und anspricht, hat es schwer, bei der Jugend Verständnis zu finden. Die Alten und die Jungen meinen zwar das gleiche — auch die Jungen wollen in dieser Welt ja beheimatet bleiben — sprechen aber zwei verschiedene Sprachen. Die Jungen hören die Alten wohl an, aber ihre Worte bewegen nicht mehr zum Mittun und Mithandeln, zu eigener spontaner Aktivität und Initiative; sie stoßen auf taube Ohren. Es wäre freilich verfehlt, deshalb hier wie dort auf leere Herzen und hohle Köpfe zu schließen: man hat sich gegenseitig nur nicht verstanden.

Nun gehört aber zur Kunst der Erziehung, daß der, der etwas weitergeben möchte, das rechte Verständnis zu wecken versteht. Wir werden also auch für die Heimat ein neues Verständnis wecken müssen, wenn wir ihr Erbe weitergeben wollen. Dann aber dürfen wir den Blick nicht nur auf das richten, was lange überdauert hat und uns noch in unserer eigenen Jugend begleitete; wir werden vielmehr mit gleicher Eindringlichkeit von dem heutigen tätigen Sein in unserer Heimat zu sprechen haben. Nur aus einer lebendigen Gegenwart heraus kann die Vergangenheit zu einem lebendigen Erbe werden. Ohne solche Gegenwart wird die Vergangenheit zu einer Art Dekorationskulisse, die sich eines Tages schließlich auch durch eine andere ersetzen ließe.

Haus, Stall und Scheune, das Arbeits- und Hausgerät, wie man sich kleidet und was auf den Tisch kommt: alles dies hat sich zu unseren Lebzeiten gewandelt und wird sich noch weiterhin wandeln. Wir können darum nicht gut bei 1910 oder auch 1930 stehenbleiben und das, was danach kam, einfach ignorieren. Eine solche Methode wirkt wie ein Bumerang: der Faden, der nicht bis in die Gegenwart durchgesponnen wird, reißt eines Tages ab; das Erbe hört auf, ein Erbe zu sein. Wir wünschen uns, daß Haus, Stall und Scheune, wie man sich kleidet und was auf den Tisch kommt, ein Sinnbild des Daseins in der Heimat bleibt. Dann aber müssen wir das Gegenwärtige und das Vergangene miteinander verbinden und es kritisch aneinander messen. Nur so kann lebendiges Erbe sich fortsetzen und neu entstehen.

IV

Hierbei werden wir selten sagen können, daß das, was vor fünfzig Jahren richtig war, deshalb auch heute richtig sein muß, daß das, was vor fünfzig Jahren so und so verrichtet wurde, darum heute in gleicher Weise verrichtet werden müßte. Doch gibt es auch Lebensregeln, Maßstäbe und menschliche Verhaltensweisen, die unverzichtbar sind, heute wie einst. Auch in einer sich wandelnden Zeit gibt es ein unveränderliches Erbe, das wir verantwortlich weitergeben sollen. Es gibt so manches, an dem festzuhalten sich nicht lohnt, weil die äußeren Lebensumstände sich gewandelt haben; wohl aber bleiben Gemeinsinn, Gerechtigkeit, die Fähigkeit, das als recht Erkannte durchzusetzen, Treue, Liebe und Glauben

unverzichtbare Bestandteile unseres Menschseins.

Dieses unverzichtbare Erbe einsichtsvoll, aufgeschlossen und unpathetisch weiterzugeben, ist unsere Aufgabe. Wir können darauf vertrauen, daß der junge Mensch unserer Zeit hierbei auf uns hört. Wir müssen es ihm nur in seinen Worten sagen und dürfen uns nicht dadurch verblüffen lassen, daß er sich in vielen äußeren Dingen des Daseins anders verhält als wir, anders verhalten muß als wir, weil er unmittelbarer in der Gegenwart steht, sich in ihr manchmal sogar richtiger verhält als wir — und zuweilen recht töricht; auch das gehört zur Jugend. Im Innersten meint sie dasselbe wie wir; denn der Mensch bleibt, der er ist, so sehr die Zeiten sich auch wandeln mögen.

Wir können der Jugend nicht sagen, daß alles so bleiben soll, wie es war; denn bereits in unserem eigenen Leben blieb nichts so, wie es war. Solche Weisheit nimmt die Jugend uns nicht ab. Wir können uns ebensowenig dadurch aus der Schlinge ziehen, daß wir der Jugend alles nur denkbar Schlechte nachsagen, weil sie die Gegenwart stärker bejaht als die Alten. Die Jugend ist in ihrer Mehrheit nicht schlecht; sie ist nur anders: wir sollten beides nicht dauernd fahrlässig durcheinanderwerfen. Wir dürfen schließlich nicht resignieren und die Jugend ihrem eigenen Schicksal überlassen, weil wir allzu selbstgerecht sind, vielleicht auch enttäuscht und verbittert und unser Herz sich verhärtet hat. In jedem Fall lassen wir die Jugend dann im Stich, obwohl sie auf uns angewiesen ist und wir ihr gegen- über eine Verantwortung haben.

Wir sollen redlich, mutig und unvoreingenommen unsere Aufgabe an der Jugend zu lösen versuchen. Dann wird sich auch an uns die alte Wahrheit erfüllen, daß man nur mit der Jugend jung bleibt, dürfen wir darauf vertrauen, daß es uns gelingen wird, ein lebendiges Erbe einer neuen Generation zu vermitteln. Dann werden von dem Erbe alle Schlacken und Verkrustungen abfallen, so daß sein eigentlicher Gehalt zum Vorschein kommt. Dies ist unser Auftrag, ein Auftrag, den zumindest alle die haben, die den Zugwind einer sich wandelnden Zeit willkommen heißen, weil sie sich nicht damit begnügen möchten, hinter dem Ofen zu hocken. Gerade dies ist uns leider verwehrt; so sehr wir Älteren es uns auch für unseren Lebensabend wünschen möchten.

Otto Scheel

Grenzlandmenschen sind mit besonderen Aufgaben belastet und besonderen Gefahren ausgesetzt. Sie haben von ihren Vorfahren oder der eigenen Entscheidung her die Aufgabe, ihr Volkstum gegen ein anderes zu verteidigen, dem sie aber durch verwandtschaftliche Bande, die gleiche Heimat und viele geschichtliche Gegebenheiten verbunden sind. In diesem Spannungsfeld bedeutet jede Stellungnahme Gefahr.

Schwächliche Charaktere ziehen sich in eine indifferente Haltung zurück und bilden in Krisenzeiten das Reservoir der Macht, bei der die „stärksten Bajonette“ oder die größten materiellen Vorteile sind. Diese Menschen haben in unserem Grenzland den Namen „die Gefleckten“ (blakkede) erhalten, sie können je nach der Situation die eine oder die andere Farbe ihres gescheckten Felles zur entscheidenden machen.

Die nach außen hin Starken sind diejenigen, die sich mit demonstrativem Bekenntnis für die eine oder die andere Seite absolut entschieden haben. Es sind die Vereinfacher, die die Spannung nicht echt verarbeiten können und daher nur ein Schwarz oder Weiß kennen. Sie bilden auf beiden Seiten die fanatischen Streiter des Grenzkampfes und den Acker, auf dem ein gefährlicher Nationalismus wachsen kann.

Die wertvollsten und charakterlich stärksten Persönlichkeiten beziehen klar Stellung für ein Volkstum und widmen ihm ihre Kraft, beziehen aber in ihre Haltung die mit dem anderen Volkstum gemeinsame Heimat und das Wissen um und die Liebe zum anderen Volkstum ein. Diese differenzierte Haltung ist unendlich schwer, sie ist aber der fruchtbare Boden, auf dem die Grenzsituation echte geistige Ernte bringt und Kampf und Brücke eine Synthese finden.

Diese Gruppierung ist stark vereinfacht. Es gibt viele Varianten, die sich in Kürze nicht schildern lassen. Es seien nur noch die Grenzlandmenschen erwähnt, die ihre Heimat verließen, um im Abstand von ihr geistige Leistungen für die Gesamtheit zu vollbringen.

*

Diese Zeilen sind Otto Scheel gewidmet. Da er nur vom Grenzland her zu verstehen ist, sind diese Vorbemerkungen als Hintergrund seines Bildes nötig. Sein Leben, das am 7. März 1876 in Tondern aufleuchtete und am 13. November 1954 in einem Kieler Krankenhaus erlosch und dessen Hülle auf dem Friedhof von Haddeby beigesetzt wurde, war ein Weg aus der Heimat in die Weite und in die

Heimat zurück. Die großen geschichtlichen Vulkanausbrüche der letzten fünfzig Jahre gaben seinem Lebensweg eine Richtung aus der Ruhe des Studierzimmers in bewegte öffentliche Tätigkeit, die ihm viele Verurteilungen einbrachte und ihn zu einer umstrittenen Gestalt machte.

Der Junge, der in der behüteten Umwelt des Pastorats von Abel in Nordschleswig aufwuchs, ahnte von dem ihm bevorstehenden gefährlichen Leben noch nichts. Er zeichnete sich schon als Fünfjähriger durch Begabung aus. Seine Gespielen im Dorf sagten schon: „Otto wird einmal Professor“, und der Junge eignete sich dieses Urteil an und postulierte daraufhin diesen Beruf. Seine Schulzeit auf dem traditionsreichen Johanneum in Hadersleben rechtfertigte die eigene Forderung an das Leben. Ein nie versagendes Gedächtnis, große Kombinationsgabe, die Fähigkeit, überall Fragen zu sehen und sie richtig zu stellen und dazu eine kraftvolle Körperkonstitution waren erfolversprechende Voraussetzungen für den Weg eines Gelehrten, den er folgerichtig beschritt: Nach theologischen Studien in Halle und Kiel promovierte er 1900 zum iur. theol. in Kiel, wenig später erschien seine Habilitationsschrift über Augustinus, und nach kurzer Dozententätigkeit in Kiel war er bereits 1906 a.o. Professor der Theologie in Tübingen und wenige Jahre danach Ordinarius für Kirchengeschichte als Nachfolger Karl Holls.

In die äußerlich ruhig und saturiert erscheinende wilhelminische Zeit brach der erste Weltkrieg ein. Er beeinflusste Otto Scheels Leben zunächst wenig. Er tat einige Zeit Dienst in einer Berliner Dienststelle und kehrte dann nach Tübingen zurück. Der Krieg schien nur ein Intermezzo für ihn zu sein, das die eingeschlagene Richtung nicht ändern sollte. Sein Ansehen als Theologe war bereits groß und wuchs noch weiter. Er war Ehrendoktor mehrerer Universitäten (1910 Berlin, 1917 Tübingen, 1921 Oslo), 1917 wurde er zum auswärtigen Mitglied der Erfurter Akademie der Wissenschaften ernannt, und 1922 erhielt er die Ehrenplakette der Stockholmer religionswissenschaftlichen Gesellschaft. Sein Werk über den jungen Luther, seine vielen Vorträge auf wissenschaftlichen Kongressen und zahllose kleinere Abhandlungen hatten ihn in die erste Reihe der Theologen gebracht, und der Weg aufwärts schien weiterzugehen.

Es war aber doch schon der Keim einer Unruhe im Wachsen. 1920 baten ihn Freunde aus Schleswig-Holstein dringend, sich für die deutsche Sache im Abstimmungskampf einzusetzen. Er folgte dem Ruf der Heimat und rüttelte in Tondern und in der zweiten Zone in temperamentvollen Reden seine Landsleute wach. Schon damals ist in ihm der Zweifel an der Berechtigung eines abgeschlossenen Gelehrtenlebens in der Einsamkeit des „Elfenbeinturms“ wach geworden. Er unterdrückte ihn und arbeitete als Theologe weiter. 1922 brachte ihm den Ruf auf den damals angesehensten theologischen Lehrstuhl Deutschlands: er sollte Harnacks Nachfolger in Berlin werden. Er lehnte die

ehrenvolle Berufung ab. Er pflegte später mit einem etwas bitteren Lächeln zu sagen, daß er nicht von seinem Haus am Oesterberg in Tübingen und von seiner Kuh sich trennen wollte. Es mag sein, daß in der wilden Inflationszeit auch äußere Gründe der materiellen Sicherheit die Ablehnung mitbestimmten. Der entscheidende Grund aber war die Abschirmung des Werkes, das bei den vielen Verpflichtungen in Berlin gefährdet schien. In der Ruhe und Atmosphäre des geliebten Tübingens sollte der dritte große Band des Lutherwerkes entstehen und die Geschichte der Gegenreformation folgen. Zu seiner Tübinger Arbeitsatmosphäre gehörte auch der Austausch mit verwandten Geistern. Dieser fand z. T. im „Tübinger Rennklub“ statt: Mit dem Althistoriker Wilhelm Weber und Johannes Haller wanderte er fast täglich morgens mehr als eine Stunde in lebhafter Diskussion durch die Umgebung Tübingens. Die Bürger hatten ihren Spaß an den drei so ausgeprägten Professorentypen, die eine Zierde ihrer Universität bildeten; sie werden aber kaum ermessen haben, welch gegenseitige geistige Befruchtung diese Spaziergänge brachten.

Es mag bei der Ablehnung des Rufes nach Berlin und der eindeutigen Beschränkung auf den einmal beschrittenen Weg erstaunlich erscheinen, daß Scheel 1924 dann dem Ruf nach Kiel folgte. Vielleicht wohnte der Beschränkung auf Tübingen doch eine gewisse Gewaltsamkeit inne. Nach dem Kriege hatten auch in der Theologie sich neue Richtungen durchgerungen, Richtungen, denen Scheel fremd gegen- überstand. Er kam von der liberalen Theologie her und sah Luther vor allem als ethische, Geschichte schaffende Persönlichkeit, der er mehr als Historiker denn als Theologe gerecht werden konnte. Er nahm den Ruf der Heimat an, der von Freunden aus Schleswig-Holstein, von seinem Freunde Gustav Stresemann und dem Auswärtigen Amt mit allem Nachdruck zu ihm drang. Bezeichnend für Otto Scheels Format aber war es, daß er es ablehnte, nur auf einen Lehrstuhl für schleswig-holsteinische Landesgeschichte zu steigen. Er meinte, seiner Heimat nur mit Arbeit in weiten Horizonten dienen zu können. Es wurde daher für ihn eine weit breitere Plattform gezimmert: Der Lehrauftrag umfaßte die Geschichte im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation, die Geschichte Nordeuropas und die Landesgeschichte.

In diesem weitgesteckten Rahmen nahm er seine Arbeit in Kiel auf. Aus der Stille führte sie ihn oft in lärmgefüllte Unruhe, Fehden und eine Vielseitigkeit des Handelns, das ihm den Vorwurf der Zersplitterung einbrachte. Die Einheit war aber da, sie fand nur bei den zu vielen Aufgaben und dem Hang, sich zu stark Exkursen zu widmen, nicht mehr den abschließenden Niederschlag in großen, zusammenfassenden Werken.

Die Arbeit an seinen in Tübingen gesetzten Zielen kam an der neuen Wirkungsstätte zu kurz. Seine beiden sich abwechselnden Kollegs über Reformation und Gegenreformation fanden keine entscheidende Abrundung

mehr. Sie ragten mehr wie zwei Säulen seiner geliebten Tübinger Zeit denkmalsartig in sein neues Wirken hinein. Es war den älteren Studenten fast schmerzlich, wenn er die vergilbten Tübinger Manuskripte hervorzog und über ihnen in lange wissenschaftliche Selbstgespräche versank, die erst beim Pausenzeichen abbrachen, um dann allerdings vom Saaleingang her, wo er den pausenhungrigen Studenten den Ausweg versperrte, zu einem zehninütigen konzentrierten Kolleg mit weiten Perspektiven zu werden, das für oft qualvolle fünfundvierzig Minuten entschädigte.

1932 erhielt er den Ehrendoktor der Universität Amsterdam. Diese Ehrung war eine Spätlese seiner früheren wissenschaftlichen Tätigkeit als Theologe. Die neue brachte ihm weniger, dafür aber um so mehr ungerechte Würdigung. Dabei hat er seiner Heimat subjektiv ein großes Opfer gebracht und ihr objektiv einen ganz großen Dienst erwiesen. Er wurde mit wahrer Begeisterung in Kiel empfangen und stürzte sich mit großem Schwung wie ein Wirbelwind in die neuen Aufgaben.

Es ist erstaunlich, daß er bei der Vielseitigkeit des Wirkens noch Muße zu beachtlichen wissenschaftlichen Arbeiten fand: „Der junge Dahlmann“ (1926), „Bismarcks Wille zu Deutschland in den Friedensschlüssen 1866“ (1934), „Die Wikinger, Aufbruch des Nordens“ (1938). Diese und eine Fülle anscheinend zusammenhangloser Einzelarbeiten („Zum Landschaftsbild und zur Bevölkerungsdichte Schleswig-Holsteins in spätgermanischer Zeit“, „Zum Problem Urholstein“, „Schleswig, urdänisches Land?“, „Die Heimat der Angeln“, „Danneverk und Düppel“, „Das Werden der deutschen Stämme“ und viele andere) dienen der Vorbereitung seiner drei großen Abschnitte in der von ihm und Volquart Pauls herausgegebenen schleswig-holsteinischen Landesgeschichte. Er suchte nach neuen Quellen und schloß wirklich neue auf. Er holte Dr. Broder Grandt von Kopenhagen nach Kiel, damit die Orts- und Flurnamen als historische Quellen erschlossen werden konnten. Er sorgte für die Finanzierung der Ausgrabungen von Haithabu, nachdem er mit Peter Paulsen zusammen die „Quellen zu der Frage Schlesiens Haithabu“ herausgegeben hatte. Vegetation, Klima, Bevölkerungsdichte, Wirtschaftsformen der frühgeschichtlichen Zeit versuchte er als Quellen für die Erhellung des Dämmerlichtes der Übergangsjahrhunderte zu der durch genügend schriftliche Quellen erhellen Zeit des Mittelalters heranzuziehen.

Wo seine Gegner Zersplitterung sahen, war in Wirklichkeit ein universaler Geist an der Vorbereitung zu einer neuen Sicht der Geschichte unseres Landes. Das Konzept dazu erschien 1933 gewissermaßen als Werbeschrift für die neue „Geschichte Schleswig-Holsteins“. Auf 87 Seiten gab er eine Skizze unserer Landesgeschichte unter dem Titel: „Schleswig-Holstein in der europäischen und deutschen Geschichte“.

Hier sollte nicht mit den kleinen Maßstäben eines engen Heimattraumes gemessen

werden. Er schrieb im 16. Abschnitt der erwähnten Skizze: „Gibt es historische Gesetze, so ganz gewiß für unser Land das Gesetz, daß es nicht in der Enge verharren, vielmehr stets wieder vor großen Aufgaben stehen muß.“ Manche Einzelauffassungen dieser kurzen Übersicht hätte er sicher noch revidiert, die große Linie aber nicht.

Sie ist für ihn als Mensch des Grenzlandes bezeichnend. Er hat seine Gegebenheiten in sich verarbeitet und ist dadurch zu weiten Horizonten gekommen. Er schwärmte, wie Kronika sehr richtig 1958 in der Südschleswigschen Heimatzeitung feststellte, für den Gesamtstaat. Er sah in ihm ein fruchtbares Zusammenwirken von Deutschen und Dänen. Er analysierte aber genau mit großer Nüchternheit seinen Verfall. Da eine solche überstaatliche Ordnung auf Grund des immer stärker aufblühenden Nationalismus „keinen Widerhall mehr in den Herzen der staatlich vereinten Völker“ fand, geriet der Gesamtstaat in Verfall. Scheel stellte das immer wieder mit Trauer fest. Da er aber um das geschichtliche Gesetz der Unwiederbringlichkeit wußte, spürte er den neuen Kräften nach und kam damit zur Bejahung des deutschen Nationalstaates und seines Begründers Bismarck. Er lehnte zwar das „Ostelbium“ und den preußischen Polizeistaat ab, aber er bejahte die sittlichen, ordnenden Kräfte des echten Preußentums, das er in Bismarck verkörpert sah. Deshalb widmete er ihm auch ein Buch.

All sein Wirken aus der Basis seiner Heimat heraus führte immer in Weiten. Seine Gründung des Baltischen historischen Forschungsinstituts und dessen Arbeit machten den ganzen Ostseeraum zum Forschungsthema. Die Herausgabe des Handbuchs für das Grenz- und Auslandsdeutschum führte von der Grenze im eigenen Heimatraum zur Einbeziehung der Grenzen ganz Deutschlands.

Bei der Beurteilung seiner Lebensarbeit darf man nicht allein das überkommene gedruckte Ergebnis werten, man muß die vielen Anregungen und Impulse als ebenso wichtig danebenstellen.

Das starke und oft mit Kampflärm erfüllte Wirken in der Öffentlichkeit brachte Feindschaften ein. Sie entstanden z. T., weil er ein Mann wirklich großen Formats war, der es wagte, mit vielen überkommenen und noch manchen lieben Vorstellungen aufzuräumen. Kleine Geister mit engen Horizonten mußten sich an ihm reiben. Zum Teil aber waren die Schattenseiten seines Wesens daran schuld. Er konnte in seiner „wikingischen Kampfesfreude“ sehr extrem und verletzend werden und mit einer Naivität politische Stellung nehmen, die befremdend wirkte und aufreizte. Er übernahm z. B. im zweiten Weltkrieg das Amt des Präsidenten des „Deutschen Wissenschaftlichen Instituts“ in Kopenhagen, einer Gründung des Reichspropagandaministeriums und des Auswärtigen Amtes, in der festen Überzeugung, daß es zu einem echten wissenschaftlichen Austausch mit der dänischen Forschung kommen würde. Er begriff die dänische Ablehnung nicht und

äußerte sich mir gegenüber 1942 in einem langen Brief sehr bitter über die Haltung der Dänen. Immerhin aber mußte es seinen deutschen Kritikern über diese Zeit zu denken geben, daß in den vielen dänischen Broschüren über die Besatzungszeit über Scheel keine scharfen Aburteilungen zu finden sind.

Der Zusammenbruch Deutschlands beendete das vielseitige Tun des nun schon Neunundsechzigjährigen, der durch den Bombenkrieg sein Haus in Kiel mit allen Vorarbeiten für das Alter vorbehaltene Werke und seine große Bibliothek verloren und im alten Scheershof in Schleswig eine Notunterkunft gefunden hatte.

1946 im Herbst erreichte mich in russischer Gefangenschaft ein beunruhigendes Gerücht, das besagte, Scheel habe sich der dänischen Seite angeschlossen. Bereits im nächsten Brief teilte mir der Schreiber mit, daß böswillige Zungen diese Behauptung in Umlauf gesetzt hätten und nichts Wahres daran sei. Denen, die z. T. heute noch Scheel des Wankens bezichtigen, sollten doch die sehr fairen, wenn auch mit dänischen Augen gesehenen Skizzen von Kronika in der Südschleswigschen Heimatzeitung und P. Kürsteins in Sønderjyske Aarbøger die Augen öffnen. Beide stellen sie fest, daß er nie den Antrag auf Aufnahme in den SSW gestellt habe und stets „deutscher Schleswiger“ geblieben sei. Es wäre dem SSW sicher sehr willkommen gewesen, wenn er ihn in seinen Listen hätte buchen können. Kronika und Kürstein geben dem Begriff Schleswig allerdings mehr Eigengewicht, als Scheel es tat. Er wurzelte auch nach dem Krieg noch zu stark in den Gedankengängen Uwe Jens Lornsens und Dahlmanns, als daß er „Schleswig“ ein so starkes politisches Eigenleben hätte zusprechen können. Er sah die Aufgabe des deutschen Schleswigers als eines Menschen der Brücke, der fest auf seinem Ufer steht, aber um den Menschen auf dem anderen Ufer weiß und bereit ist, die Brücke zu ihm passierbar zu halten, damit der Grenzfluß keine Gefahr für das eigene Volk und für Europa werde.

Die letzten Lebensjahre verbrachte er in der Stille des Scheershofes mit Arbeiten über die Ständerversammlungen im Schleswiger Rathaus, seine geliebte Stadt Tondern, die Friedrichsberger Kirche und die Geschichte der Familie Petersen, Dalby, des mütterlichen Zweiges seiner Familie. Leider fand nicht alles endgültige schriftliche Form. Aus Gesprächen mit ihm darf man annehmen, daß aus der weisen Schau des alten Mannes diese Familiengeschichte ein entscheidendes Stück Landesgeschichte geworden wäre, das zu der Frage der „Zweistromigkeit“ des Grenzlandmenschen und seiner Entscheidung für das eine oder andere Volkstum Antworten von Gewicht erteilt hätte.

Viele haben den Menschen Otto Scheel nicht erkannt, weil sie sich keine Mühe um ihn gegeben haben. Sie konnten daher nicht zu dem gütigen und toleranten Kern seines Wesens Vordringen. Da er eine vitale Kämpfernatur war, erweckte sein Auftreten in der Öffentlichkeit oft den Eindruck des Gegenteils. Er konnte sich oft sehr naiv darüber wundern, daß die Angegriffenen ihm böse wurden: „Es ging

mir doch nur um die Sache.“ Wenige wissen, daß er manchen seiner schärfsten Gegner persönlich geholfen hat. Menschliche Enttäuschungen konnten sich bei ihm aber auch so verhärten, daß er den Gegner nicht mehr sachlich richtig würdigen konnte.

Er gehört zu den Menschen, die trotz großer Arbeitslast immer Zeit für andere hatten. Jede Feldpostkarte ehemaliger Schüler wurde mit seitenlangen guten Briefen beantwortet. Er war so weitherzig, selbst respektlose Kritik seiner Schüler mit Humor hinzunehmen. Als ich ihn einmal zu dem Kolleg über Reformationsgeschichte begleitete und mich am Eingang des Hörsaals verabschieden wollte, fragte er leicht irritiert: „Kommen Sie denn nicht mit hinein?“ Auf die reichlich respektlose Antwort: „Nein, diese alte Platte kenne ich schon“, reagierte er mit einem dröhnenden Lachen und dem Ausspruch: „Sie Filou!“

Es ließe sich durch viele kleine Begebenheiten noch manches Licht auf seine Gestalt projizieren, um die vielen Nuancen seines Wesens zu beleuchten. Das Fundament seines Lebens war eine auf christlicher Ethik beruhende echte Liberalität, die sich an der Grenzsituation seiner Heimat erprobte. Sie bedeutete aber nicht Neutralität. Er war ein Mensch, der immer den Mut zur Stellungnahme hatte.

Redakteur J. Jessen

Streiflichter aus der Zeit um die Jahrhundertwende

Jede Zeit stellt ihre Anforderungen und Bedingungen; jede Persönlichkeit hat Anspruch darauf, daß ihr Wirken in Verbindung mit den Gegebenheiten der fraglichen Periode beurteilt wird. Heutzutage führt man hierzulande keinen Schriftleiter mit gebundenen Händen auf die Anklagebank; in unseren Jahren wird kein Schleswiger dänischer Gesinnung rigorosen Verfolgungen ausgesetzt, wie wir es um die letzte Jahrhundertwende erlebten. Die Zeiten ändern sich, und auf wesentlichen Gebieten unbedingt zum besseren. Das kann man nur begrüßen.

Wenn man einen so hervorragenden Führer wie Redakteur Jens Jessen in gerechtem Lichte darstellen will, kann das nur unter Erwähnung gewisser Verhältnisse der damaligen Zeit geschehen. Jessen nimmt unter den großen dänischschleswigschen Persönlichkeiten eine Sonderstellung ein, und seine in den Augen vieler ausgeprägt steile Haltung wurde zweifellos von den schroffen Maßnahmen der derzeitigen preußischen Behörden zu äußerster Entfaltung gezwungen. Der Grundzug in Jessens Politik war jedoch: „Die Behauptung unserer berechtigten volklichen Eigentümlichkeit ist in voller Übereinstimmung mit den politischen Anschauungen, über die wir einig sind: dem Anspruch auf Freiheit, uns selbständig zu entwickeln, dem Anspruch auf gleiches Recht für alle und Benachteiligung für keinen“ (aus einem Artikel vom 15. Februar 1887: „Hævdelsen af vor berettigede folkelige Ejendommelighed stemmer fuldt overeens med de politiske Anskuelse, hvorom vi er enige: Kravet paa Frihed til at udvikle os selvstændigt. Kravet for lige Ret for alle og Forurettelse for ingen“).

*

Jens Jessen wurde am 5. Februar 1854 in Toghale bei Møgeltonder als Sohn eines ungewöhnlich ausgerüsteten Lehrers geboren, der in mancher Beziehung selbständige Anschauungen vertrat. Mütterlicherseits stammte er aus einem Bauerngeschlecht, das vier Jahrhunderte hindurch auf einem Hofe in Gjenner gewohnt und gewirkt hatte. Jessen nahm als zehnjähriger Junge starke Eindrücke aus den Jahren 1863/64 mit sich in sein bewegtes Leben: den Tod des Königs Frederik VII., den Krieg und die Trennung vom alten Mutterlande. Zu seinem liebsten Lesestoff gehörten Abhandlungen über die nationale Entwicklung um 1840 herum. — Als Jüngling hegte Jessen den Wunsch, zu gegebener Zeit dänischer Redakteur in seiner schleswigschen Heimat zu werden. Und dieser Augenblick kam.

Sein Lebensweg wandte sich aber zunächst der Schule zu. Er besuchte das Seminar in Tondern, hätte am liebsten das Gymnasium absolviert; aber die Mittel hierfür fehlten. Nach abgelegter Prüfung betätigte er sich als Privatlehrer, unternahm Reisen nach Dänemark (bisher hatte er Schleswig nie verlassen), ferner nach Schweden (in Göteborg hatte er in frühester Jugend die Hauptstadt des Nordens gesehen), studierte ein Jahr lang in Paris, bestand während eines Aufenthaltes in Göttingen das Examen für deutsche Mittelschullehrer. Danach bekleidete er eine Lehrstelle an der privaten dänischen Realschule in Hadersleben und sollte kurz darauf deren Leitung übernehmen (der Vorsteher nahm seinen Abschied). Die preußischen Behörden verweigerten ihm jedoch die nötige Anerkennung, weil er kein Rektoratszeugnis vorlegen konnte. Jessen reiste sofort nach Kassel und bestand hier auch diese Prüfung. Nunmehr verweigerte man ihm die amtliche Erlaubnis, weil für eine private Realschule „kein Bedürfnis vorlag“. Er wurde an die Realklassen des Haderslebener Gymnasiums verwiesen, welche damals 15 Schüler hatten, während in der genannten dänischen Schule 75 junge Nordschleswiger unterrichtet wurden.

Zur damaligen Zeit hatte Jessen, der schon lange einen Drang zur Journalistik verspürte, ab und zu Artikel in „Flensburg Avis“ und „Dannevirke“ geschrieben, deren Darstellungen sich mit den Anschauungen der betreffenden Schriftleiter deckten. Am 1. Juli 1882, als der Redakteur der seit 1869 bestehenden dänischen Zeitung in Flensburg, Gustav Johannsen, zum Mitglied des Deutschen Reichstages gewählt war, übernahm Jessen die Redaktion, wurde kurz darauf Herausgeber von „Flensburg Avis“ und schuf 1885 eine eigene Druckerei. Jetzt lag Jens Jessen eine Lebensaufgabe in Händen, für die er in jeder Hinsicht allerbestens geeignet war.

Man spürte sofort, daß eine starke und außerordentlich gut gerüstete Persönlichkeit sich hier betätigte. „Flensburg Avis“ hatte um 1882 etwa 800 Abonnenten; aber die Zahl erhöhte sich sehr schnell. Jessen wandte sein scharfes Auge sowohl dem Inhalt wie auch der Form zu und war sofort da mit einer klaren Polemik, wenn dänischem Gefühl und dänischem Recht zu nahe getreten war. In gewissen deutschen Kreisen wurde er häufig als „Hetzer“ bezeichnet; für ihn galt es jedoch, unter allen Umständen dänische Belange wahrzunehmen, koste es, was es wolle. Redakteur Jessen mußte insgesamt über vier Jahre in verschiedenen Gefängnissen verbringen; auch sein Mitarbeiter Peter Simonsen wurde zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Große Geldstrafen, Gerichts- und Gefängniskosten erschwerten die finanzielle Lage dieser südlichsten dänischen Zeitung, und gesundheitlich hatten die Betroffenen schwer zu leiden.

Durch seine hervorragenden journalistischen Eigenschaften verschaffte Redakteur Jessen nicht allein seiner Zeitung eine führende Stellung innerhalb der dänisch-schleswigschen Presse. „Flensburg Avis“ wurde unter seiner Leitung die

verbreitetste Zeitung des früheren Herzogtums Schleswig und genoß großes Ansehen in weiten Kreisen der nordischen Länder.

Die Gesamtauflage der Zeitung verzehnfachte sich. Aus Rücksicht auf die sozial schwachgestellten Landsleute gab man mehrere kleinere, billige Ausgaben heraus. Für diejenigen, die von der Erlernung der dänischen Sprache seit langen Jahren ausgeschlossen waren, schuf er auch in der deutschgeschriebenen „Flensburger Zeitung“ ein Werkzeug zur Erhaltung und Pflege der ererbten Gesinnung und der Verbundenheit mit dem Mutterlande. Nach wenigen Jahren mußte dieser Versuch jedoch aus wirtschaftlichen Gründen — es fehlten die natürlichen Quellen für eine Fortführung: genügend Anzeigen, darunter die amtlichen — wieder aufgegeben werden. Außer dem Gebiet namentlich um Flensburg herum hatte Jessen ein besonderes Augenmerk auf die Gegend zwischen der genannten Stadt und Tondern gerichtet. Aber „Flensborg Avis“ hatte Leser sozusagen in ganz Nordschleswig und eine größere Anzahl in den westschleswigischen Bezirken, wo eine besondere Ausgabe noch immer den Titel „Vestslesvigs Tidende“ trägt.

Ob zufällig oder nicht, in den Jahren bis zu seinem Tode hatte Redakteur Jessen Mitarbeiter aus allen Kreisen Nordschleswigs und aus Flensburg, und er bildete unablässig seine jungen Journalisten mit größter Sorgfalt für ihren Beruf aus; hierbei kamen auch seine Eigenschaften als gewesener Schulmann stark zur Geltung. Bei seinem Ableben (am 22. Juli 1906) wurde ein außerordentlich befähigter Schüler sein Nachfolger, eine Stellung, die er mit großer Tüchtigkeit verwaltete, bis die nationalsozialistischen Behörden ihn im Juli 1940 vom seinem Amt verdrängten, während ein zweiter Schüler bei der Veränderung im Juli 1906 zunächst Redaktionssekretär (Chef vom Dienst) und bei Ernst Christiansens Tod (im Jahre 1941) Leiter der Zeitung wurde.

Politisch vertrat Jessen den Standpunkt des historischen Rechtes, darunter konsequenterweise eine Wiedergutmachung nach dem Kriege von 1864. In dem täglichen Kampf waren große Schlagfertigkeit und ausgesprochene Schärfe des Ausdruckes ein besonderes Kennzeichen für ihn. Kein noch so hartes Urteil konnte seinen Mut dem nationalen Gegner gegenüber schmälern, und seine Gattin, geborene Fibiger, teilte durchaus seine in vielen Fällen folgenschweren Anschauungen. Überall bewunderte man seine sorgfältige, soweit möglich alle Fremdwörter ausmerzende Behandlung der Muttersprache. Auch im Gebrauch der deutschen Sprache wandte er die größte Korrektheit an.

Während der Aufenthalte in den Gefängnissen betätigte sich Jessen mit seinem regen Geist und großen Wissen in besonderer Weise. Er verfaßte ein Buch über „Tale- og Skriftsprog“, ein weiteres „Mellem Østersø og Vesterhav“ und gab mehrere Lehr- und Gesangbücher für die Kinder heraus, denen bekanntlich jeder dänische Schulunterricht versagt war. Und dann meldeten sich immer neue

Probleme in Verbindung mit der Zeitung, die für ihn tagtäglich das Alpha und Omega darstellte. Als Redner wandte Jessen dieselbe Sorgfalt an wie bei der Abfassung seiner Artikel. In den Wahlperioden entwickelte er einen nie erlahmenden Eifer. —

Nach dem Tode Gustav Johannsens, im Herbst 1901, wurde Redakteur Jessen in den deutschen Reichstag gewählt (vorher war er bei verschiedenen Wahlen als Kandidat aufgestellt). Er faßte die Arbeit in Berlin als eine sehr wichtige Aufgabe auf und verschaffte sich allenthalben Geltung. Noch kurz vor seinem Tode hielt er im Reichstag eine Rede, worin er das Verbot von über hundert dänischen Liedern (zum Teil Kirchenliedern) in ruhiger, aber scharfer Form als „aufreizend“ geißelte. Bei dieser Gelegenheit war es ein besonderes Erlebnis, zu hören, mit welcher Wärme und Innerlichkeit er eine Reihe von dänischen Versen zitierte. Überall lauschte man den Worten Jessens, wenn er seine Kritik an besonderen Verhältnissen im Grenzlande ausübte. — Von allen Seiten, auch im deutschen Parlament, erhielt Frau Marie Jessen zahlreiche Beweise herzlicher Teilnahme, als ihr Gatte nach einer schweren Operation seine müden Augen für immer schloß, nur zweiundfünfzig Jahre alt.

Einige persönliche Züge, die man unter vielen anderen an dem Führer Jens Jessen sehr schätzte: Wenn ein langer Arbeitstag in der Redaktion zu Ende ging, sagte er in überaus freundlichem Tone zu einem oder mehreren Mitarbeitern: „Das Wetter ist so schön, wollen wir nicht einen kleinen Spaziergang machen?“ Dann ging es hinaus in die Umgebung Flensburgs, und Jessen bereicherte seine jungen Zuhörer väterlich mit all den Erfahrungen, die er in seinem Leben gemacht hatte, und tauschte Meinungen mit ihnen aus. „Billiger ist's, die Erfahrungen anderer auszunutzen, als sie selber machen zu müssen.“ Während seiner wenigen Mußestunden in Kollund war die Kultur feiner Rosen seine liebste Entspannung. Kurz vor seinem Tode besaß er nicht weniger als elfhundert Rosen, aus besten Gärtnereien Europas herausgesucht — und alle Sorten waren besonders geordnet, jede Pflanze hatte ihre spezielle Beschreibung. (Der Verfasser dieser Zeilen war bei letztgenannter Betätigung ein froher, williger Helfer.)

*

Auch in einer Zeit, wo viel Neues sich Bahn bricht, unseren Alltag und unsere Anschauungen, wie sie uns früher natürlich waren, zu ändern sucht, sind eine überzeugende Rechtsauffassung, Klarheit und Sachlichkeit, ein mutiges Behaupten der Überzeugung, die Liebe zu der ererbten Heimat, die Pflege sprachlicher und anderer kultureller Güter als Ausdruck unserer besten, innersten Gedanken für uns tragende Werte, die nie ihre Bedeutung verlieren. Daher spricht auch ein Führer wie Jens Jessen noch immer zu uns.

Auf Redakteur Jessens Grabstein auf dem Friedhof an der Mühlenstraße in Flensburg liest man in schlichtem Granit die Worte: „Tro til Døden“ („Getreu bis in

den Tod“). Treu sein ist auch eine wichtige Losung u n s e r e r Zeit.

Dr. Adolf Köster

Staatskommissar für Schleswig-Holstein 1919-1920

Als im Frühjahr 1919, noch vor der Überreichung des Versailler Friedensvertrages, dessen Bedingungen in Deutschland allmählich bekannt wurden, es zur Gewißheit wurde, daß eine Volksabstimmung in Schleswig unmittelbar bevorstünde und nicht nur Nordschleswig umfassen würde, ernannte die preußische Staatsregierung am 23. April 1920 Dr. Adolf Köster zum Staatskommissar für Schleswig-Holstein. Seine Aufgabe sollte es sein, den Abstimmungskampf zu organisieren und die bis dahin vermißte enge Fühlungnahme mit dem Lande durch eine direkte und nicht instanzenmäßige Verbindung zwischen Schleswig und Berlin zu schaffen.

Das Ergebnis dieser Mission ist bekannt. Es war positiv. Denn an ein für Deutschland günstiges Abstimmungsergebnis innerhalb der ersten Zone nach dem im Versailler Vertrag festgelegten Verfahren hat auch Dr. Köster nie geglaubt. Weniger bekannt dagegen ist der Mann, dem man damals zutraute, unmittelbar nach militärischem Zusammenbruch und Revolution der schleswigschen Bevölkerung den Glauben an Deutschland zu stärken oder wiederzugeben.

In seinem Buch „Der Kampf um Schleswig“, in dem Dr. Köster die Geschichte der Abstimmungszeit und seine Erlebnisse darin schildert, heißt es einmal: „Staatskommissariate sind Persönlichkeitsfragen in einem viel höheren Maße als die Be- Setzung anderer hoher und höchster Beamtenposten“ (S. 142). Sie sind es deshalb, weil es in dem System der allgemeinen staatlichen Verwaltung eine solche Stelle nicht gibt. Ihr Inhaber steht außerhalb der Beamtenhierarchie mit ihren bestimmten Kompetenzen und begrenzter Verantwortlichkeit, so daß Inhalt und Möglichkeiten dieses Amtes in weitesten Umfange durch seinen Träger bestimmt werden. Für eine solche Stellung hätte man allerdings schwerlich eine geeigneteren Persönlichkeit finden können als Dr. Adolf Köster.

Er wurde am 8. März 1883 in Verden a. d. Aller geboren. Sein Vater stammte aus Angeln, und die damit gegebene Verbindung der Familie Köster mit dem Schleswiger Land führte schon den Jungen immer wieder dorthin. In Hamburg besuchte er die Volksschule und das Gymnasium. Ferien und Freizeit verlebte er häufig auf Besuchsreisen und Wanderungen in Schleswig und Dänemark, bis hinauf nach Kopenhagen. Das führte früh zu einer nahen Bekanntschaft mit den Menschen und der Geschichte dieser Landschaft, aber auch mit dem dänischen Geistesleben. Kierkegaard und J. P. Jacobsen wurden von dem jungen Köster mehr gelesen als Goethe. Dieses Bekenntnis aus seiner eigenen Feder gibt uns

Aufschluß über sein geistiges Interesse. Denn Kierkegaard hatte um die Jahrhundertwende noch nicht seine Renaissance erlebt, die ihn heute als eine der Schlüsselfiguren der modernen Geistesgeschichte erscheinen läßt. Die Beschäftigung mit ihm zur damaligen Zeit läßt deshalb auf eine außerordentliche Passion schließen. So wundert es nicht, wenn Köster nach bestandem Abitur Philosophie und Literaturwissenschaft studiert. Hamburg, Halle, Marburg und Zürich sind die Stationen seines Studiums. Er promoviert zum Doktor der Philosophie und läßt sich nach Abschluß seiner Studien als Privatdozent für Literaturgeschichte an der Technischen Hochschule in München nieder. Doch scheint ihn die Lehrtätigkeit nicht befriedigt zu haben. Bereits nach einem Jahr gibt er sie wieder auf, um sich ganz der literarischen und politischen Schriftstellerei zu widmen.

Als Student hatte Köster sich der Sozialdemokratie angeschlossen. Er wurde nun Mitarbeiter verschiedener Zeitungen und Zeitschriften und unternahm zahlreiche Studienreisen ins Ausland, die ihn nach Afrika, Amerika und Asien führten. Als eine seiner schönsten politischen Reisen bezeichnet er aber eine Winterfahrt in das schleswigsche und jütische Grenzgebiet beiderseits der Königsau, über die er im Winter 1910/11 ausführlich in der „Frankfurter Zeitung“ berichtet hat. Der Ausbruch des ersten Weltkrieges setzte diesem fruchtbaren journalistischen Globetrottertum ein Ende. Köster ging als Kriegsberichterstatter des „Vorwärts“ an die Westfront. Von dieser Zeit hat er in dem von ihm gemeinsam mit dem späteren Reichswehrminister Gustav Noske herausgegebenen Buch „Kriegsfahrten durch Belgien und Nordfrankreich“ erzählt.

Mit der Revolution 1918 übernahm die Sozialdemokratie in Deutschland die politische Verantwortung. Ihre führenden Männer traten in Reich und Ländern an die Spitze. Dazu gehörte Köster damals noch nicht. Dies mag weniger an seinem Alter gelegen haben — er war damals immerhin 35 Jahre alt — oder an mangelnder Parlaments- oder Verwaltungspraxis, als vielmehr daran, daß Köster innerhalb der Partei im gewissen Sinne ein Außenseiter war. Im Gegensatz zu den allermeisten maßgeblichen Politikern der Sozialdemokratie, die ihre „Lehr- und Wanderjahre“, zumeist als Redakteure an sozialistischen Zeitungen, schon innerhalb der Partei zurückgelegt hatten, trat Köster erst später in ihren Dienst. Er gehörte deshalb nicht zu dem durch jahrzehntelange Arbeit untereinander bekannten und erprobten inneren Kreis der führenden Sozialdemokraten. Er war kein Mann des „Apparats“, wie man die ersteren gerne mit Geringschätzung zu bezeichnen pflegt, ohne dabei zu bedenken, daß zumindest unter den damaligen politischen Verhältnissen in Deutschland nur der „Apparat“ den Sozialdemokraten die politische Tätigkeit ermöglichte und leider meistens auch das ausschließliche Betätigungsfeld bleiben mußte. Das hatte sich nun geändert. Der Staat brauchte die Sozialdemokraten, und Dr. Köster, dessen große Begabung nicht unerkannt

geblieben war, wurde im November 1918 Referent bei dem Leiter der Preußischen Staatskanzlei, Kurt Baake, dem durch seine bisherige Tätigkeit als Leiter der sozialdemokratischen Parlamentskorrespondenz Köster nicht unbekannt war.

Aber in Zeiten der Krise und des Umbruchs komprimiert sich der Ablauf der Ereignisse in der Zeit, und auch das Auf und Ab der persönlichen Schicksale vollzieht sich schneller als in normalen Zeiten. Bereits nach einem halben Jahr übernahm Köster das Amt, um dessentwillen er in diese Skizzenreihe von Männern des Grenzlandes aufgenommen worden ist.

Am 1. Mai 1919 trat Dr. Köster sein Amt als Staatskommissar für Schleswig-Holstein an. Seine Arbeitsräume im Museum in Flensburg waren von da an der Mittelpunkt der deutschen Arbeit, bis am 25. Januar 1920 die Internationale Kommission (CIS) die Hoheitsgewalt im Abstimmungsgebiet übernahm. Aber das bedeutete noch nicht das Ende der Tätigkeit Dr. Kösters in Flensburg. Am 30. Januar 1920 wurde er zum Deutschen Bevollmächtigten bei der Internationalen Kommission ernannt. Er vertrat nun vom Alt-Flensburger-Haus aus die deutschen Interessen gegenüber der CIS. Erst am 10. April 1920 verließ er endgültig Flensburg, um ein größeres Amt anzutreten.

Es soll nicht die Aufgabe dieser Zeilen sein, die Geschichte des Abstimmungskampfes sowie Einsatz und Leistung Dr. Kösters hierbei zu schildern. Hierüber kann der Leser Aufklärung finden in dem bereits erwähnten Buch von Köster „Der Kampf um Schleswig“, in der dagegen in polemisch-apologetischer Absicht verfaßten Schrift Dr. Käblers „Dr. Köster und der Deutsche Ausschuß“, in Eduard Thorns „Die erste Teilung Schlesiens“ sowie in der Dissertation des Verfassers „Sozialdemokratie und Schleswig-Frage“. Hier soll nur versucht werden, die Persönlichkeit Adolf Kösters und seinen Lebensweg vor und nach dem einen Jahr zu beschreiben, in dem dieser Weg ihn nach Schleswig führte.

„Politik ist Menschenkunde, Kunst des Umgangs auf einer höheren Stufe. Ein irrationales Element spielt hier mit, wie beim Umgang mit einzelnen: wer die verborgenen Kräfte anzuregen weiß, dem gehorchen sie. So offenbart sich der große politische Mensch“, sagt Hugo von Hofmannsthal in seinem Essay über Grillparzers politisches Vermächtnis. Und in diesem Sinne war Köster ein großer Politiker. Psychologisches Einfühlungsvermögen und persönliche Liebeshwürdigkeit, verbunden mit hoher Intelligenz und weltweiter Bildung, verbanden sich in ihm zu einer bezwingenden Persönlichkeit. Er lebte — hierin ein typischer Vertreter seiner Zeit — optimistisch in einer Welt, der vermeintlich die Zukunft gehörte. Das gab seiner Person den Ausdruck eines unverbrauchten Lebensgefühls, gepaart mit strahlender, zuweilen eruptiv wirkender emotionaler und geistiger Energie. Friedrich Stampfer beschreibt in seinem Buch „Die ersten vierzehn Jahre der deutschen Republik“ (S. 97), wie Dr. Köster nach der Wahl

Eberts zum Reichspräsidenten am 11. Februar 1919 die auf dem Platz vor dem Nationaltheater in Weimar versammelte Menschenmenge zu einer stürmischen Begrüßung des neuen Präsidenten mitriß. Und durch Eduard Thorn (S. 188) kennen wir die Reaktion Kösters beim Eintreffen der Abstimmungsergebnisse der zweiten Zone, seine beinahe kindliche Freude über diese Zahlen, die auch seine Arbeit so nachdrücklich bestätigten.

Abstimmung in Schleswig — Kapp-Putsch im Reich: diese Ereignisse fielen zeitlich zusammen. Die Niederschlagung des Putsches führte im März / April 1920 zu einer Umbildung der Reichsregierung. Der bisherige Außenminister Hermann Müller wurde Reichskanzler. Als sein Nachfolger wurde Dr. Köster am 10. April 1920 zum Reichsaußenminister ernannt. Damit bekleidete er, eben siebenunddreißig-jährig, das neben dem Kanzlerposten in der damaligen Zeit wichtigste Ministeramt.

Bei den Wahlen am 6. Juni 1920 wurde Köster in den Reichstag gewählt; das Kabinett Müller trat jedoch auf Grund des Wahlergebnisses zurück und wurde durch eine bürgerliche Regierung unter Fehrenbach abgelöst.

Wenn es Dr. Köster als Außenminister in diesen drei Monaten auch nicht vergönnt war, große Proben seines Könnens zu erbringen, so zeigt seine Berufung in das hohe Amt doch, daß er nunmehr, wohl nicht zuletzt durch den Erfolg seiner schleswigschen Mission legitimiert, zu den führenden und befähigsten Politikern der SPD gerechnet wurde. Am 16. Oktober 1921 entsandte ihn die SPD-Fraktion als Reichsinnenminister in das zweite Kabinett Wirth. Als am 24. Juni 1922 der derzeitige Außenminister Dr. Rathenau ermordet wurde, waren es Dr. Köster und der ebenfalls sozialdemokratische Reichsjustizminister Prof. Radbruch, die daraufhin das Gesetz zum Schutze der Republik ausarbeiteten und im Reichstag einbrachten.

Am 14. November 1922 trat die Regierung Wirth zurück. Damit endete die Ministerlaufbahn für Dr. Köster. Er trat nunmehr in den diplomatischen Dienst.

1923 wurde er Deutscher Gesandter in Lettland. Fünf Jahre vertrat er das Deutsche Reich in Riga und genoß dort allseitig großes Vertrauen. So baten z. B. einmal alle lettischen Parteien den Deutschen Gesandten, bei den Verhandlungen mit der deutschen Minderheit um eine Koalitionsregierung zu vermitteln. Im Juli 1928 wurde Köster als Gesandter an den jugoslawischen Königshof nach Belgrad versetzt. Nur knapp zwei Jahre waren ihm hier für seine Tätigkeit, der er mit viel Liebe und Geschick nachging, vergönnt. Kurz nach der Rückkehr von einem längeren dienstlichen Aufenthalt in Berlin verstarb er in Belgrad, noch nicht siebenundvierzig Jahre alt, an einer Blutvergiftung als Folge einer zu spät erkannten Blinddarmentzündung.

Die Teilnahme des jugoslawischen Königs an dem Ehrengeläut für den so früh Verstorbenen und der Beschluß des Belgrader Stadtrates, eine Straße nach Dr.

Köster zu benennen, beweisen, wie groß die Verehrung für ihn trotz seines kurzen Wirkens auch in Belgrad war.

Vielleicht war es ein gnädiges Geschick, daß Köster das Ende der Weimarer Republik nicht erlebte. Wer weiß, ob ihm in den zwölf Jahren danach nicht ein schlimmeres Schicksal bereitet worden wäre. Ein Jahrzehnt nur hat er Deutschland gedient. Steil war sein Aufstieg und jäh das Ende. Sein Name ist nicht verknüpft mit großen Ereignissen der deutschen Geschichte. Im deutschen Schleswig jedoch sollte er nie ganz in Vergessenheit geraten.

BEDENKEN VON ZEITLOSER GÜLTIGKEIT

Aus Ludvig Holberg:

Dänische Rechtshistorie, ins Deutsche übersetzt. Flensburg/Altona 1744

Nichts ist leichter, nichts aber ist auch schwerer, als eine Historie zu schreiben. Was das erste anlangt: so siehet man, daß sich ein jeder damit abgibt; in Ansehung des letztem aber wagen sich nur wenige daran. Kaum ist manchem die Lust angekommen, ein Schriftsteller zu werden: so fängt er gleich an, eine Historie, als die allerleichteste Arbeit, zu schreiben. Denn was kan leichter seyn, als vergangene Dinge zu erzehlen, deren man sich entweder selbst erinnern kan, oder die man Stückweise vor sich beschrieben findet. Gewiß, wenn die Historie nichts anders ist, als eine schlechte Erzehlung vergangner Dinge: so bekenne ich, daß es eines jeden Arbeit sey. Aber weil eine solche Erklärung (des Worts Historie) ganz unzulänglich ist, und die geringste Historie einen ganzen und vollkommenen Menschen erfordert: so machen sich kluge und bedachtsame Leute nicht ohne Furcht an solche Arbeit, welcher so wenige gewachsen gewesen. Denn die Erfahrung lehret, daß, obgleich in keiner Wissenschaft mehr und öfter gearbeitet wird, als in der historischen: doch fast keine Wissenschaft sey, in welcher so selten Meisterstücke ans Licht kommen, weil gegen zehn andere gute Skribenten kaum ein guter Geschichtsschreiber gefunden wird. Wie nun eine Historie nicht in einer schlechten Erzehlung vergangner Dinge besteht: so kan auch derjenige nicht den Namen eines Geschichtskundigen führen, der ohne Bedacht und Überlegung nur bloß lieset, um etwas auswendig zu lernen. Denn wenn gleich einer alle Könige, Fürsten, Päbste und Bischöfe nach der Ordnung an den Fingern herrechnen könnte, nebst der Jahrzahl, wenn sie geboren und gestorben sind: so ist er doch deswegen kein Geschichtskundiger, eben so wenig, als ein Lehrling, der ein ganzes Wörterbuch herzusagen weiß, den Namen eines Philologi führen, oder ein anderer, welcher den ganzen Gradum ad Parnassum [eine Anweisung zur Poesie] im Kopfe hat, deshalb für einen Poeten angesehen werden kan. Wie also zu einem Philologo und Poeten mehr, als Wörter und Reime, erfordert werden: so gehöret zu einem Historico mehr, als Gedächtniß und Belesenheit. Ist eine Wissenschaft, welche Aufmerksamkeit und Nachdenken erfordert, so ist es gewiß die historische. Aber gleichwol ist nichts gemeiner, als daß Eltern und Lehrmeister von Kindern und Schülern folgendem gestalt urtheilen: Cajus hat Scharfsinnigkeit und Beurtheilungskraft, deswegen muß er zu philosophischen Wissenschaften angehalten werden; aber aus dem Sejus, welcher keine Beurtheilungskraft, sondern ein gut Gedächtniß hat, kan ein Historicus werden. Sie bilden sich ein, eines Historici Eigenschaft bestehe nun darin, daß er ein feuchtes und pechiges

(beeged) Gehirne habe, in welchem alles, was gelesen und gehört wird, behänget bleibet. Gleichsam als ob kein Vermögen zu urtheilen erfordert würden, das Wahre von dem Falschen zu unterscheiden, von vergangenen Dingen auf zukünftige zu schließen; eine Erkenntniß vom Zustande der Reiche und Staaten zu erlangen; andere Menschen, und sich zugleich selbst kennen zu lernen; imgleichen, dasjenige, was man schreibet, in einer natürlichen, doch zierlichen und lebhaften, Schreibart auszuführen.

EIN PORTRÄT

Aus Caspar Danckwerth:

Neue Landesbeschreibung der zwej Hertzogthümer Schleswich und Holstein — 1652

Statur und grösse der Leiber an diesen Orten

Das Volck in diesen Hertzogthumen ist an Statur nach der Gegenden des Landes sehr unterschiedlich / dann in den feisten Marschländern seynd die Leute gemeinlich groß von Leibe / langk / starck und dick / hingegen auff der Geest kleinlich oder subtil / zu Kriegen und andere Arbeit / worzu keine überaus große Stärke oder schwere des Leibes erfordert wird / viel geschickter. Jene aber seynd hingegen viel arbeitsamer und dauerhaffter den Spaden zu gebrauchen / mit welchem Gewehr sie den Sommer über stetig zu Felde liegen / und wieder ihre grausame Feinde Neptunum und Æolum sich ernstlich wehren und beschirmen müssen. Und weiln dann diese Marschleute in einem guten, vollen Lande wohnen / darinnen sie mit zimlicher Feldarbeit ihr Brodt gewinnen können / seynd sie nicht sonders kunstreich noch den Handwercken zugethan / wie daraus zuersehen / daß die Wolle gemeinlich aus dem Lande hinaus geführet wird / da doch besser wäre dieselbe im Lande zubehalten / ja vil lieber aus anderen Ländern hinein zu holen / und sie zu verarbeiten / damit könnte sich mancher Mensch ernehren / und bliebe so viel mehr an Volck und Gelde im Lande.

Ingenia

Sonsten seynd dieser Länder Einwohner / bevoraus die Holsteiner / und die im Süderteihl des Hertzogthums Schieß wick / so wol als die höher hinauff in Teutschlande gebohren werden / allerhandt / auch der freyen Künste fähig gnug / inmassen durch etlicher wenige Exempel gnugsam zu erweisen. In Theologia hat das Ampt Tondern herfür gegeben D. Georgium Calixtum, einen fürtrefflichen

Theologum und wolverdienten Professoren zu Helmstadt. In Juris prudentia hat die Stadt Schießwich Paulum Cypraeum, weiland Canonicum zu Schießwich / der in seinen Schrifften bekandt / herfür gebracht. In Arte Medica & scientiis Mathematicis ist aus der Stadt Flenßburg entstanden D. Thomas Fincke / wolverdienter Professor zu Copenhagen. Andere mehr / deren ein gantzer Catalogus ohnschwer beyzubringen / für jzt zugeschweigen.

Daß aber nicht so gar viel / als in andern Hertzogthümen Teutschlandes hervorbrechen / rühret mehrenteihls daher / daß in diesen Ländern keine Academie zubefinden / auff welcher die junge Studenten / wann sie aus frembden Landen wieder zu rücke kommen / ihre studia nicht alleine mit geringem Vnkosten conti* nuiren, sondern auch ihrer außgestandenen Mühe und angewandten Kostens Ergetzlichkeit erlangen möchten.

Ipsæ equidem Musæ sibimer pulcherrima merces,
Attamen hoc æ vo quis eas amplectitur unquam
Præmia si desint?

Zwar Clio ist Ihr selbst / und einem edlen Sinn /
Ein allerschönster Gewinn.
Doch wer wil / dieser Zeit Sie / unbelohnt umbfangen /
Und ihr so bloß anhangen.

Wiewol fast große Hoffnung bevor / daß die jtzo regierende Fürstl. Durchl. wie in allen übrigen / nunmehr in die 36. Jahr zu dero unsterblichen Nachruhm / vielfähig beschehen / auch diesen nicht geringen Mangel aus Fürstl. Milte ersetzen / und annebenst dem von Ihro so kostbar unterhaltenem Gymnasio zu Bordesholm / auch eine Academie mit allergnädigster Vergünstigung der Römischen Käyserl. Mayest. und dahero fliessenden Privilegien im Fürstentuhm Holstein auffrichten werden.

Eine Fahrt durch Westschleswig

Heute, wo das Auto die Straßen beherrscht und die Entfernung von Ort zu Ort, ja von Land zu Land oft nur in Stunden gemessen wird, ist eine Tagesfahrt in das westliche Schleswig-Holstein eigentlich kein großes Ereignis mehr. Zumal es in unseren Tagen Sitte geworden ist, den Erfolg einer Fahrt an den durchfahrenen Ländern und Städten zu werten.

Und doch war unsere geplante Fahrt nach Husum, die uns durch die schleswig-holsteinische Landschaft führen sollte, für uns ein Erlebnis. Die Heimat ist und bleibt doch Mittelpunkt in unserem Dasein. Immer wieder kehren wir in unserem Denken zu ihr zurück und schöpfen aus der Verbundenheit zu ihr neue Kraft, das tägliche Leben zu meistern. Diese Fahrt an die Nordsee sollte uns eine besondere Landschaft erleben lassen. Die Landschaft der Köger, der weiten grünen Flächen, die der Mensch in einem erbitterten Kampf dem Meere abgerungen hat. Außerdem war es eine Gemeinschaftsfahrt. Von früheren Gemeinschaftsfahrten her wußten wir, daß uns ein erlebnisreicher Tag bevorstand, und voller Erwartungen sehnten wir den 15. Juni, einen Sonntag, herbei. Das reinste Reisefieber hatte uns ergriffen, als wir in Sonderburg eintrafen, um am Kirchenplatz auf zwei Autobusse verteilt zu werden. Bald waren wir alle, 70 Personen, untergebracht, und

schon rollten die beiden Busse über die Alsensundbrücke in Richtung Westen. Die morgenfrische bekannte Gegend mit ihren wechselnden Landschaftsbildern entlockte so manchem einen Lobpreis auf unsere schöne Heimat.

Tondern war unser nächstes Ziel. Hier sollten wir mit den Leuten aus Oberjersdal zusammentreffen. Die Wälder und Hügel der Ostküste lagen bald hinter uns, und wir waren im Begriff, den sandigen Mittelrücken zu überqueren. Der saubere Zustand der Gehöfte und der gute Stand der vielen Feldfrüchte fand bei den Alsingern Anerkennung. Wohl ist bei uns der Boden besser, aber hier auf dem Mittelrücken versteht man es, dem kargen Boden durch Fleiß und Tüchtigkeit auch einen guten Ertrag abzurufen. Wir waren noch mitten im Gespräch über die Verschiedenheit unserer und dieser Gegend, als wir uns schon ein gutes Stück in der Marsch befanden, und wenig später fuhren wir in die alte Wiedaustadt hinein. Hier wurden wir von Peter Callesen begrüßt, und nachdem er uns die weitere Fahrtrichtung erläutert hatte, ging es weiter nach Seeth, wo wir die Grenze überqueren wollten. Wenige von uns hatten schon früher den Grenzübergang bei Seth erlebt und waren alle angetan von der ruhigen und gemühtlichen Art dieser unumgänglichen Amtshandlung. Nun

standen wir auf deutschem Boden, und das Trennende der Grenze wollte uns nicht ganz in den Sinn, und doch spürten wir die Veränderung. Wir waren nun unter Gleichgesinnten. Die vertraute Sprache, die deutschen Inschriften an den Häusern und Wegetafeln brachten so manches Herz in Bewegung. An der Ostküste behauptet man zu leicht, die Marsch sei eintönig. Das empfanden wir nun gar nicht. Mag sein, die forsche Fahrt der Busse tat das ihre dazu oder der nicht alltägliche Anblick dieser weiten Landschaft.

Jedenfalls nahm diese Landschaft mit den roten, spitzgiebeligen Häusern und Gehöften uns ganz in Anspruch. Strogedeckt lagen diese auf ihren Warften, und über allem strahlte ein blauer Himmel. Als eine Tafel am Wege die „Stiftung Seebüll“ ankündigte, mußten wir an den Maler Emil Nolde denken, der selber aus Nordschleswig stammte und in vielen Bildern diese weite Landschaft festgehalten hat. Leider erlaubte die Zeit es uns nicht, einen Aufenthalt in dem Haus zu machen, in dem der Maler seine letzten Jahre verweilte. Wir fuhren weiter und sahen in die lachenden Gesichter der Marschbewohner im Sonntagsstaat. War es da verwunderlich, daß wir uns einig wurden, besonders den „älteren Mädchen“ zu winken, damit auch sie eine Sonntagsfreude hätten. Wir waren doch auch alle in einer Sonntagsstimmung.

An den alten Deichen, die wir während

der Fahrt passierten, konnten wir uns eine Vorstellung davon machen, wie weit einmal in früheren Zeiten das Meer gereicht hatte.

Bald waren wir im neuen Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog. Die Höfe und Siedlungen strahlten in ihren abgetönten Farben und machten den Eindruck, eben erst aus der Spielzeugschachtel ausgepackt, sinnvoll im Koog aufgestellt zu sein. Wir hatten alle den Eindruck, daß eine in sich ruhende Landschaft entstanden war, eine kleine Insel in der sonst so konkurrenzbeffissenen Zeit. Abgeschirmt ist dieses Stück Land zur Nordsee hin mit einem starken und hohen Deich. Wie sehr man diesem vertraut, sah man daraus, daß die Gebäude nicht mehr auf Warften gebaut sind.

Als wir dann den Deich bestiegen und im Norden den Hindenburgdamm erkennen konnten und sonst nur die blaue Nordsee, die sich uns heute so ganz von der friedlichen Seite zeigte, waren wir voller Bewunderung über dieses Werk, das Menschenhand entstehen ließ. Die schleswig-holsteinische Küste mit ihren vorgelagerten Inseln und Halligen ist ja der Überrest eines in früheren Zeiten zusammenhängenden Gebietes, das von den Sturmfluten der Nordsee nach und nach zerrissen wurde.

Viel Zeit wird noch verstreichen, bevor zurückgewonnen ist, was einst verloren ging.

*

Südlich des Hindenburgdammes, der

die Insel Sylt mit dem Festland verbindet und im Jahre 1927 fertiggestellt wurde, konnte durch systematische Landgewinnungsarbeiten in den Jahren 1927 bis 1953 ein breiter Vorlandstreifen gewonnen werden. Während bei dem Bau des Deiches vor dem Wiedingharder Neuen Koog im Jahre 1925 noch der Deichfuß von dem täglichen Flutwasserstand bespült wurde, lag 1954 bereits ein über gut ein Kilometer breiter hochwasserfreier grüner Vorlandstreifen vor diesem Deich, und westlich davon in etwa derselben Breite war das Sandwatt mit einer Schlickschicht von 0,50 Meter und mehr überdeckt. Damit lohnte sich die Neueindeichung von rund 1300 ha, da sie in vollem Ausmaß landwirtschaftlich genutzt werden können. Die Länge des Deiches beträgt 8,7 km und die Entfernung vom alten Seedeich etwa 2 km. Die neue Deichlinie schließt eine Fläche ein, die für die landwirtschaftliche Nutzung die besten Erträge verspricht und hinsichtlich ihrer Größe ein günstiges Verhältnis zu der Länge des Deiches aufweist. Der für den neuen Deichbau erforderliche Sandboden ist im Watt vor dem neuen Seedeich gewonnen worden, während der alte Seedeich zwischen dem Wiedingharder Neuen und Alten Koog zum größten Teil den erforderlichen Kleiboden geliefert hat. Auf der Großbaustelle war Gerät mit einem Neubauwert von über sieben Millionen DM im Einsatz. Zur Zeit der

Arbeitsspitze waren 1050 Arbeitskräfte beim Deichbau beschäftigt, von denen rund 200 in Baracken untergebracht waren, während ein großer Teil mit Bussen täglich aus den umliegenden Städten und Orten herangeholt wurde. Für den Bau des Deiches, der eine Höhe von 7,20 m über Normal Null hat, wurden folgende Materialien benötigt: Eingspülter Sandboden 1,6 Mill. cbm, Angedeckte Rasensoden 30 ha, Verbrauch an Pfählen 60 000 Stück, Verbrauch an Stroh 15 000 Zentner. Insgesamt sind über 30 km Gleise gelegt worden.

Es entstanden 41 Bauernstellen je 20 bis 27 ha mit einer Belastung von 4500 bis 5000 DM je ha. Bei Verteilung der Gesamtbaukosten würde die Summe eine Höhe von 25 000 bis 30 000 DM je ha betragen. Ferner 14 Deicharbeiterhäuser, Schmiede, Gasthaus, Schule, Kaufmannsladen und auch ein Gemeinschaftssaal. Die Horsbüller Kirche liegt nun wieder mitten im Land, nachdem sie bald 300 Jahre unmittelbar am Meere gelegen hat. Bei der Auswahl der Siedler hat man je zur Hälfte Einheimische und Heimatvertriebene berücksichtigt.

*

Noch waren wir alle mit dem Gesehenen und Gehörten beschäftigt, als man schon wieder zum Aufbruch mahnte. Wenn wir unser nächstes Ziel, Bongsiel, zur Mittagszeit erreichen wollten, mußte es sein, und bald hatten wir den Lübke-Koog verlassen. In den einzelnen Bussen wurden das Zahlenmaterial und die Daten des

Kooges diskutiert, doch die große Fruchtbarkeit der Landschaft mit den üppigen Korn- und Rapsfeldern und dann das viele Vieh auf den Weiden lenkte immer wieder unsere Aufmerksamkeit auf sich. Wir fingen an, die Flächengröße und die Stückzahl der weidenden Kühe zu schätzen, mußten aber bald konstatieren, noch nicht das richtige Verhältnis zu dieser weiten Landschaft gefunden zu haben.

Es war ja auch bald Mittag, und es kam uns allen ganz recht, als wir Bongsiel erreichten. Die eine Hälfte der Teilnehmer mußte aber nach Bredstedt ab- zweigen. Die Gaststätte in Bongsiel war einem solchen Andrang nicht gewachsen. Das Essen war schon für uns vorbereitet, und wir wurden herzlich von Vertretern des Grenzfriedensbundes begrüßt, dessen Gäste wir waren. Nach dem Essen besahen wir uns noch die großen Arbeiten vor dem Deich bei Bongsiel. Draußen im Wattenmeer arbeiteten große Kräne und Buldozer an der Schaffung eines großen Staubeckens, das die Abwässer der vielen Hektar Land aufnehmen soll, die zum Deich- und Hauptsielverband Bongsiel gehören. Wie groß die anfallenden Wassermengen sind, kann man sich kaum vorstellen, selbst wenn man weiß, daß zum Bongsieler Hauptsielverband 18 000 ha gehören und außerdem noch die Abwässer von 55 000 ha Geestniederschlagsfläche hinzukommen.

Als wir uns in die Busse setzten, um

mit den anderen Teilnehmern zusammenzutreffen, waren wir doch viel gescheiter auf dem Gebiet der Landgewinnung und Entwässerung geworden.

Die frische Nordseeluft und die brennende Sonne, dazu noch das reichliche Essen brachte unsere Gedanken auf die versäumte alltägliche Mittagsruhe, und wir spürten wohl alle eine gewisse Müdigkeit. Jeder döste vor sich hin, und selbst bei geschlossenen Augen erlebten wir die unendliche Weite dieser Landschaft.

*

Die Fahrtengruppe, die nach Bredstedt abgezweigt war, hatte auch einige schöne Mittagsstunden erlebt. Ganz in blau-weiß-rote Fahnen gehüllt, hatte die Stadt uns empfangen. Allerdings galt die Fahnenpracht nicht uns. Bredstedt feierte sein großes Schützenfest. Überall herrschte Jubel, Trubel und Heiterkeit. Da das Essen schon wartete, wurde bedauert, daß wir den Umzug nicht sehen konnten. Als aber die Tonderaner Schützenkapelle ihre Weisen ertönen ließ, waren wir alle gleich draußen und froh, daß der Zug doch noch vorbei kam.

*

Bredstedt liegt am Westrande der Geest und ca. 6-8 km von der Nordsee entfernt. Da es Hauptort des nordfriesischen Festlandes ist, werden hier große Vieh- und Kornmärkte abgehalten. In früheren Zeiten war es auch durch eine gutgehende

Tabakfabrik bekannt. Neben etlichen Verwaltungssämtern hat Bredstedt auch eine Landwirtschaftsschule. 1956 entstand auch ein Kreis-Altersheim, das 67 Alte aufnehmen kann. Es gibt hier Einzel-, Doppel- und Dreibettzimmer. Einige wohnen auch zu viert. Die Alten können auch einige ihrer Sachen mitnehmen. Die Gemeinschaftsräume waren hell und behaglich eingerichtet, sowie eine Veranda und Terrasse mit Liegestühlen. Rund um das Haus war ein großer Garten und anschließend ein Park. Weitere parkähnliche Bepflanzungen in der Umgebung erfolgen. Schön war auch die kranzähnliche Anlage von Rentnersiedlungen, man will so den Familiencharakter bewahren. Wir hätten uns noch gerne länger in Bredstedt umgesehen. Die Zeit erlaubte aber kein längeres Verweilen.

*

Der Sönke-Nissen-Koog wurde ohne Aufenthalt durchfahren. Die Hofstellen lagen inmitten des Landes, hatten beinahe den gleichen Anstrich und waren alle mit „Blechpfannen“ gedeckt. Dieser Koog wurde 1923 eingedeicht und Sönke Nissen war zu 1/5 Besitzer. In seinen jungen Jahren hatte er mit viel Glück in Südafrika Gold und Diamanten geschürft. Er kehrte in seine Heimat zurück und beteiligte sich mit seinem Kapital an der Eindeichung. Die Inflation bewirkte, daß seine Mittel nicht ausreichten, um den Koog allein einzudeichen. Der Koog wurde nach ihm benannt und viele Gehöfte haben

afrikanische Namen.

*

Die Weiterfahrt brachte alle wieder an den Rand der Geest. Eigenartig mutete es an, als wir durch Schobüll fuhren und sich der sandige Geestrücken mit tannenbewachsenen Höhen bis ganz an die Nordsee heranschob. Von hier hatten wir noch 4 km bis Husum, das für diesmal unser südlichstes Reiseziel sein sollte. Husum, die graue Stadt am Meer. Der Dichter Theodor Storm, der in Husum geboren wurde, sagt in einem seiner Gedichte:

Am grauen Strand, am grauen Meer
und seitab liegt die Stadt.

Der Nebel drückt die Dächer schwer,
und durch die Stille braust das Meer
eintönig um die Stadt.

Heute ist die Stadt und ihr Dasein gar nicht so eintönig. Sie ist die bedeutendste Stadt in Nordfriesland und somit dessen kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt.

*

Um noch zum Abschluß der Fahrt ein abgerundetes Bild über Land und Leute zu bekommen, war ein Besuch im Ludwig-Nissen-Haus vorgesehen. Die Leitung hatte Herr Wohlenberg. Als Fach-Wissenschaftler machte er uns vertraut mit den Geheimnissen der Gezeiten und des Wattenmeeres, mit Küstenschutz und Landgewinnung und erläuterte uns die großen Zukunftsmöglichkeiten. Die geplante deutsch-dänische Zusammenarbeit zur Landgewinnung nördlich des Hindenburgdammes bis nach

Emmerlef-Kliff wird die Arbeit fördern.

*

Als Abschluß in Husum hatten wir nun Gelegenheit, jeder für sich die Stadt zu besichtigen, und wer Lust hatte, konnte auch Kaffee trinken gehen. Wir zogen also auf eigene Faust los.

Die Abfahrt aus Husum ging pünktlich und reibungslos vor sich, Richtung Heimat; aber in Hattstedt wurde noch ein Aufenthalt gemacht zum Abendessen. In einer geräumigen Gastwirtschaft war dann auch reichlich für uns aufgetragen worden, und als dann noch der Husumer Volkschor erschien und uns mit vielen schönen Volksliedern erfreute, erreichte die Stimmung ihren Höhepunkt. Bald saß

alles durcheinander, und viele bekannte Volkslieder wurden gemeinsam gesungen. Es war eine Stimmung aufgekommen, die nur da entsteht, wo Deutsche sich gemeinsam am Volkslied erfreuen. Es war ein schöner Abschluß dieses wunderbaren Tages, was auch in den abschließenden Worten zum Ausdruck kam, als Hans Schmidt-Oxbüll dem Grenzfriedensbund und dem Volkschor dankte.

Gemeinsam sangen wir alle „Kein schöner Land“ und trennten uns. Bald rollten die Busse durch die helle Sommernacht wieder der Ostküste, der Heimat zu.

Das Vorstehende ist ein stark gekürzter Bericht eines Fahrtteilnehmers, den dieser zur Erinnerung für alle anderen, die mit dabei waren, zusammengestellt hat.

Die Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes

In der nun schon traditionellen Weise fand am 6. Juni in Husum die Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes statt. Besonders aus Husum, aber auch aus allen anderen Teilen unseres Grenzlandes war der Besuch so zahlreich, daß der gewählte Versammlungsraum nicht ausreichte und noch auf einen weiteren Raum mit Lautsprecherübertragung zurückgegriffen werden mußte – ein Notbehelf, den es künftig zu vermeiden gilt.

Der schriftlich vorliegende Geschäftsbericht wurde durch unseren Ersten Vorsitzenden, Jens Nydahl, erläutert und ergänzt. Den Kassenbericht erstattete unser langjähriger und bewährter Kassenwart, Herr Harms. Sowohl ihm als auch dem gesamten Vorstand wurde von seiten der Jahresversammlung für die Arbeit des abgelaufenen Jahres einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso einmütig wurde die neue Satzung angenommen, die trotz weitgehender Neufassung im Grundsätzlichen keine, im Organisatorischen nur geringfügige Änderungen bringt. Die anschließenden Neuwahlen brachten die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Neu hinzu kamen unser Kassenwart, Herr Harms, der bisher dem Vorstand offiziell nicht angehörte, und Dr. Peter Hansen Petersen als Ver- und als Vertreter der jüngeren Generation Dr. Peter Hansen Petersen. Die Vorträge von Prof. Dr. Hallermann, Kiel, über „Die Jugend im Wandel der Gesellschaftsstruktur“, der sicher der Höhepunkt der Jahresversammlung war.

Das gemeinsame Mittagessen und die anschließende Tasse Kaffee gaben noch Gelegenheit zum persönlichen Gespräch der Mitglieder untereinander – etwas, das nicht auf der Tagesordnung steht und doch so wichtig ist.

*

Aus dem schriftlichen Geschäftsbericht ist besonders erwähnenswert:

Allgemeines

Der Vorstand hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr neben der Erledigung der laufenden Arbeit zunächst mit der notwendigen Neuverteilung der Aufgaben innerhalb des Vorstandes beschäftigt und die Geschäfts- und Rechnungsführung den Herren Lurgenstein und Harms übertragen. Um zu einer Aktivierung der Arbeit und einer engeren Verbindung zu den Mitgliedern und den Ortsgruppen zu kommen, wird eine Erweiterung des Vorstandes um zwei Mitglieder und die allmähliche Heranziehung von jüngeren Kräften für wünschenswert gehalten. Durch einen Beirat aus Vertretern von Ortsgruppen und Organisationen will der Vorstand sich bei wichtigen Entschlüssen beraten lassen. Schon im verflossenen Jahr sind sowohl aus den eigenen Reihen als auch von außen her manche

Vorschläge an den Vorstand herangetragen worden, die von diesem auf ihre Durchführbarkeit eingehend geprüft wurden. Für Vorträge stellte sich Herr Axel Henningsen zur Verfügung.

Beim Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes lag im vergangenen Jahr auch die Leitung des Deutschen Grenzausschusses und die Mitwirkung im Grenzpolitischen Rat.

Die Grenzfriedenshefte haben starken Anklang gefunden und sich zu einem der wichtigsten Organe in Minderheitenfragen entwickelt. Der mehrfach geäußerte Wunsch, die Hefte monatlich erscheinen zu lassen, mußte aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden.

Der Mitgliederbestand hat sich im abgelaufenen Jahr kaum verändert.

Die soziale Arbeit

Die soziale Betreuungsarbeit konnte erfreulicherweise auch im verflossenen Jahre mit gutem Erfolg durchgeführt werden. Insgesamt wurden hierfür 86 242,53 DM aufgewandt, das sind 73% der Gesamtausgaben. Für die Linderung einzelner besonderer Notfälle wurden 4 099,25 DM zur Verfügung gestellt.

Für Weihnachtsbeihilfen wurden insgesamt 13 800,- DM verausgabt und zur Konfirmation bzw. Schulentlassung zur Beschaffung von Bekleidung und Schulzeug 25 965,- DM verteilt. In einzelnen Fällen wurden auch Einschulungsbeihilfen gegeben.

Die Aufwendungen für Schulfahrten und den Aufenthalt in Landschulheimen erreichten wieder eine beachtliche Höhe und waren um etwa 6000,- DM höher als im Vorjahr. Für die Kinder minderbemittelter Eltern wurden hier 319 Schulen für 2377 Kinder mit insgesamt 31 140,73 DM bedacht.

Die organisierte Jugend erhielt weiterhin Beihilfen für die Durchführung ihrer Fahrten und Lager. Die Aufwendungen hierfür betragen 5662,51 DM.

Die Erteilung von Förderstunden an Kinder, die aus dänischen Schulen zurückkehrten, wurde fortgesetzt.

Tagungen und Begegnungen

Im Juli 1958 wurde in der Grenzakademie Sankelmark eine Tagung mit dem Thema „Das gesellschaftliche Gefüge der Minderheiten im schleswigschen Raum“ durchgeführt, über die im Grenzfriedensheft 3/1958 eingehend berichtet worden ist.

Am 3. und 4. Mai 1958 wurde mit Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins in Tondern und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Husum eine Besichtigungsfahrt nach Hamburg unternommen.

Mit einer Gruppe deutscher Nordschleswiger war am 15. Juni eine Begegnung, die nach Bongsiel, Husum und Hattstedt führte (siehe hierzu den Bericht

Westküstenfahrt). Der Husumer Volkschor, der den Abschluß in Hattstedt mit seinen Liedern verschönte, wurde zu einem Gegenbesuch nach Alsen eingeladen (der inzwischen stattgefunden hat).

Auf einer Tagung der Volkshochschule Snoghoj war der Grenzfriedensbund durch mehrere Vorstandsmitglieder vertreten.

Weiter wurden Gespräche geführt über die Möglichkeiten einer stärkeren Zusammenarbeit deutscher und dänischer Pädagogen und Bibliothekare auf kulturellem Gebiet. Es ist geplant, einen größeren Kreis Interessierter im Oktober zu einer Arbeitstagung einzuladen.

Arbeitsausschuß für eine Arbeitervolkshochschule

Schon im Jahre 1951 hat der Vorstand eingehend geprüft, ob die Rückgabe der früheren Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld im Wege der Wiedergutmachung erreicht werden könnte. Er stellte seine Bemühungen aber schließlich als ergebnislos ein. Im vergangenen Jahre griff er aber die Frage wieder auf mit dem Ziele, eine Volkshochschule für die werktätige Bevölkerung nach der Art der früheren Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld neu erstehen zu lassen. Die Landesregierung, an die er sich mit einem entsprechenden Antrag gewandt hat, empfahl, für die Vorarbeit zunächst einen Ausschuß zu bilden und ihr die Pläne desselben dann zu unterbreiten. Drei Mitglieder unseres Vorstandes gehören u. a. diesem Ausschuß an. Er ist vor kurzem unter dem Vorsitz Walter Lurgensteins zum ersten Male zusammengekommen. Weitere Besprechungen werden notwendig sein, bevor der Landesregierung konkrete Vorschläge für die Verwirklichung des Planes einer Volkshochschule für die werktätige Jugend unterbreitet werden können.

*

Die Grüße des Bundes deutscher Nordschleswiger und die besten Wünsche für einen guten Verlauf der Jahresversammlung überbrachte Rudolf Stehr. Bei dieser Gelegenheit hob er als besonders bemerkenswert für die Arbeit des Grenzfriedensbundes hervor:

erstens das seit seinem Bestehen vom Grenzfriedensbund besonders geförderte deutsch-dänische Gespräch unter Einbeziehung auch der deutschen Nordschleswiger.

zweitens die soziale Betreuungsarbeit, deren Wichtigkeit für den volklichen Zusammenhalt gerade auch die deutschen Nordschleswiger erfahren haben.

drittens: die Grenzfriedenshefte mit ihren gehaltvollen Beiträgen, die laufend die Probleme des Grenzlandes zur Debatte stellen und dazu beitragen, die nationalen Spannungen des vorigen Jahrhunderts zu überwinden und Grenzarbeit zu leisten mit Sicht auf ein kommendes Europa.

viertens: die vom Grenzfriedensbund ermöglichten Fahrten nordschleswiger

Arbeiter, um Menschen und Verhältnisse südlich der Grenze kennenzulernen.

Ein Bericht der Arbeiterwohlfahrt Flensburg

Hinter den im Geschäftsbericht gebrachten Zahlen verbirgt sich viel Kleinarbeit, die nach außen kaum in Erscheinung tritt. Wie sie im einzelnen aussieht, mag ein Bericht erläutern, den die Arbeiterwohlfahrt Flensburg veröffentlichte:

In Zusammenarbeit mit dem „Grenzfriedensbund“ verteilte der Kreisausschuß Flensburg-Stadt der Arbeiter-Wohlfahrt in diesem Jahre 13 000 DM als Konfirmations- und Schulentlassungsbeihilfen. Nach einer Aufstellung der Awo erhielten diese Beihilfe Familien mit mehr als vier Kindern und Familien und Kinder, bei denen eine besondere Notlage festgestellt wurde.

Bei den Kinderreichen wurden bedacht: 21 Familien mit vier Kindern, 13 Familien mit fünf Kindern, elf Familien mit sechs Kindern, neun Familien mit sieben Kindern, eine Familie mit 8 Kindern, eine Familie mit neun Kindern, drei Familien mit zehn Kindern und eine Familie mit 13 Kindern. Außerdem erhielten eine Beihilfe: acht Familien, bei denen der Vater eine kleine Rente bezieht, elf Familien wegen andauernder Krankheit, acht Familien, bei denen der Vater noch vermißt wird, 15 Familien, bei denen ein Elternteil im Laufe des vergangenen halben Jahres verstorben ist, 40 Familien, in denen der Vater gefallen ist, 39 Jugendliche, deren Eltern geschieden sind, 47 Familien mit geringem Einkommen, 40 Jugendliche, deren Mütter allein für den Lebensunterhalt sorgen müssen, 14 Wohlfahrtsempfänger, bei denen eine besondere Notlage vorlag, 26 Voll- oder Halbwaisen und sieben Familien, bei denen der Vater Schwerbeschädigter ist.

Dänisch-deutsche Begegnung in der Volkshochschule Jarplund

Eine deutsche Stimme

Die „Flensburger Presse“ berichtete über diese Begegnung wie folgt:

Es mögen verschiedene Gründe gewesen sein, die „Grænseforeninger“, die Dachorganisation für die dänische Grenzlandarbeit, veranlaßt haben, anlässlich des Besuches einer reichsdänischen Gruppe mit Teilnehmern aus den drei führenden dänischen Parteien, Konservative, Liberale und Sozialdemokraten, am letzten Tage der Studienfahrt, die der Unterrichtung über die Verhältnisse in Südschleswig und seine Probleme galt, neben Vertretern dänischer Organisationen auch „die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS)“ und

den „Grenzfriedensbund“ zu einer Zusammenkunft mit der Studiengruppe in die dänische Volkshochschule Jarplundfeld einzuladen.

Sowohl die ADS als auch der Grenzfriedensbund waren der Einladung nach Jarplundfeld gefolgt. Dr. Steinhäuser (ADS) und Ernst Beier (Grenzfriedensbund) sagten einleitend einiges über die Arbeit der deutschen Grenzorganisationen, was im Verlaufe der Aussprache noch ergänzt wurde durch ORR. Axel Henningsen.

Im übrigen hatten natürlicherweise die dänischen Teilnehmer weitgehend das Wort. Das war auch nicht anders möglich in einem Kreise von Dänen und dänischer Verhandlungssprache. Die Deutschen befanden sich hier in einer ähnlichen Situation wie dänische Teilnehmer an deutschen Tagungen. Auch dann, wenn jemand der Verhandlungssprache einigermaßen mächtig ist: es bleibt zwangsläufig so manches im Raume stehen... Und wer da weiß, welche Rolle im deutsch-dänischen Gespräch gerade die Zwischentöne spielen, das Nichtgesagte, aber Mitschwingende, der weiß um die Problematik solcher Aussprachen.

Das Beste und Fruchtbringendste solcher Zusammenkünfte ist zweifellos das zwanglose Gespräch nachher. So sagte ein Teilnehmer bei der Frage nach dem Sinn der Einladung von Vertretern der deutschen Grenzorganisationen zu einer Zusammenkunft, die doch eigentlich der Unterrichtung von Reichsdänen über die Arbeit der dänischen Südschleswiger galt, daß, wenn man ganz unter sich sei, bei solcher Gelegenheit die Gefahr bestünde, daß man sich so schrecklich einig sei und man wie mit einem „Gummigeiß“ rede.

So ist der Sinn der Einladung deutscher Vertreter in diesem speziellen Falle vielleicht gewesen, etwas „Pfeffer und Salz“ in das den Reichsdänen Gebotene hineinzubringen und zu demonstrieren, daß wir doch noch ein bißchen „Grenzkampf“ haben. Wenn das der Fall gewesen sein sollte: na ja, warum auch das nicht einmal. Das gehört wohl auch so dazu bei uns in Südschleswig.

Was uns aber am liebsten wäre, das ist die bewußte Pflege des deutsch-dänischen Gesprächs, mit dem Willen, einander nicht nur anzuhören und die Meinung des anderen zu respektieren – was auch schon viel wert ist –, sondern hinter aller echten und vermeintlichen Verschiedenartigkeit das gemeinsame Allgemeinmenschliche zu suchen und zu finden.

Die Meinung eines Dänen

Ein reichsdänischer Teilnehmer an der Aussprache in Jarplund, Oberlehrer Johannes Jensen von dem konservativen Folkeligt Oplysningsforbund, schrieb darüber u. a. in Dagens Nyheter:

Die Sprecher der dänischen Organisationen waren u. a. Hochschulvorsteher Bøgh Andersen und Generalsekretär Ronald Jörgensen. Seitens der Teilnehmer gaben Sekretär Emil V. Hansen, Arbejdernes Oplysningsforbund (AOF), Frau M. L.

Truels-Christensen, Kopenhagen, Liberalt Oplysningsforbund (LOF) und Johannes Jensen, Folkeligt Oplysningsforbund (FOF) Beiträge zum Meinungsaustausch.

Viel kam dabei, weil die Aussprache recht akademisch verlief, nicht heraus, aber zwei Dinge müssen wohl erwähnt werden: nämlich daß Axel Henningsen auf eine Anfrage erklärte, daß die deutschen Südschleswiger sich erst als Schleswiger und danach als Deutsche fühlen, während Frau Handelskonsulent Lehfeldt in einem Gespräch, das er, Johannes Jensen, nach der Diskussion mit ihr hatte, meinte feststellen zu können, daß die dänischen Südschleswiger zu allererst Dänen und danach Schleswiger wären.

Der andere Gegenstand, der Anlaß zu einem größeren Meinungsaustausch gab, trat nach einer Äußerung von Sekretär Emil V. Hansen (AOF), in Erscheinung, der meinte, daß die Mehrheit in Dänemark sich mit dem Zustand der Dinge in bezug auf die Dänen Südschleswigs abgefunden hätte und daß die Erklärung der Befreiungsregierung Dänemarks, daß die Grenze festliegt, auch die Haltung der jetzigen dänischen Regierung zu der Sache ausdrücke. Hiergegen protestierte Frau Truels-Christensen (LOF), indem sie in einem gefühlsbetonten Beitrag gegen diese Auffassung auftrat. Dasselbe tat Johannes Jensen in nüchterneren Wendungen.

Betrachtet man die Gesamteindrücke der Tagung, dann muß man feststellen, daß gelegentlich zuviel Nabelschau innerhalb der dänischen Reihen in Südschleswig ist. Sie sind sich gleichsam selbst genug, die Dinge werden leicht zu klein und zu einseitig für sie, es hapert dann damit, die Entwicklung in einer größeren Perspektive, z. B. unter dem Europa-Gedanken, zu sehen.

Tagungen

Nachbarschaft / Volksgruppen

Dänemark und Deutschland:

die Nachbarschaft in altem und neuem Licht

Das war das Thema einer Tagung im Jugend-Europahaus in Hamburg, die vom 19. bis 21. Juni Deutsche und Dänen zu gemeinsamer Aussprache vereinigte. Im Rahmen dieser Tagung sprach unser Vorstandsmitglied Dr. Johannsen über „Wechselbeziehungen ... deutsch gesehen“. Das Korreferat „Wechselbeziehungen im geistigen Bereich, dänisch gesehen“ hielt Dr. Holger Kjær, Askov.

Der 9. Kongreß

*der Föderalistischen Union
Europäischer Volksgruppen*

Der diesjährige 9. Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), an dem auch unser Vorsitzender, Jens Nydahl, als Gast teilnehmen wird, findet vom 23. bis 26. Juli in Aachen statt.

Auf der Tagung wird u. a. der Bundestagsabgeordnete Ernst Paul, Mitglied des Sudetendeutschen Rates und Mitglied des Flüchtlingsausschusses des Europarates, über „Die Umsiedlung und Vertreibung in bezug auf Volksgruppen“ sprechen, während der Senator James Crosbie, Dublin, Mitglied der Menschenrechtskommission des Europarates, einen Vortrag über „Minderheiten im Lichte der Konvention der Menschenrechte“ halten wird.

Grenzlandstudien eines finnischen Soziologen

Daß der Grenzfriedensbund mit seinem Bemühen um eine Durchleuchtung der besonderen soziologischen Verhältnisse unseres Grenzlandes etwas getan hat, was auch anderen einer genauen Untersuchung wert erscheint, beweist die Anwesenheit eines jungen finnischen Soziologen im Grenzland, um Material für eine wissenschaftliche Arbeit zu sammeln, die sich gerade mit dem befassen soll, was im Mittelpunkt unser Sankelmark-Tagung 1958 stand.

*

Gegenwärtig studiert ein junger finnischer Wissenschaftler, mag. polit. Mauri Cairénius von der schwedischsprachigen Universität Åbo Akademie Finnland, im Grenzgebiet die sozialpolitischen Verhältnisse der beiden Minderheiten. Schon 1956 verfaßte er unter Benutzung deutscher und dänischer Literatur eine Abhandlung über Minderheitenfragen zu beiden Seiten der Grenze. Jetzt gibt ein Stipendium ihm die Möglichkeit, an Ort und Stelle seine Forschungen fortzusetzen. Er wendet sich zu diesem Zweck mit einer Reihe von Fragen an Personen beider nationalen Mehr- und Minderheiten, die als ein Querschnitt mit mathematischen Methoden ausgewählt sind. Wie Herr Cairénius betonte, verfolgt er mit seinen Untersuchungen einen rein wissenschaftlichen Zweck. Gerade als Unparteiischer und Ausländer meint er, eine sachliche Arbeit leisten zu können, und drückte seine Befriedigung über das Entgegenkommen aus, das er bisher bei amtlichen Stellen und bei den Grenzorganisationen gefunden hat.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und das Grenzland

Soviel dürfte klar sein, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – ob allein, ob mit großer oder kleiner Freihandelszone, ob mit nordischem Markt oder ohne denselben – auf die wirtschaftliche Entwicklung sowohl nördlich als auch südlich der deutsch-dänischen Grenze – einer der Nahtstellen der sich abzeichnenden europäischen Großwirtschaftsräume – weitreichende Auswirkungen haben wird. Dabei hat unser Grenzland selbst auf das, was kommen wird, so gut wie gar keinen Einfluß, da es in diesen größeren Zusammenhängen kaum Eigengewicht hat, ja nicht einmal ein Sprachrohr, das für es als Gesamtheit spricht. Fast alle Wirtschaftsorganisationen des Grenzlandes sind – natürlicherweise – überregional organisiert und nehmen auch in diesem Rahmen Stellung zu den sie bewegenden Fragen, also auch zur EWG und deren Auswirkungen. Und soweit sie das nicht sind, sprechen sie nicht für das ganze Grenzland bzw. für seine gesamte Wirtschaft.

Auch ist die bisherige Stellungnahme zur EWG und was damit zusammenhängt, auf deutscher Seite durchaus nicht einheitlich – ganz abgesehen von unserem dänischen Nachbarn mit seinen besonderen Sorgen um die EWG, den Nordischen Markt und die sogenannte „kleine“ Freihandelszone der „äußeren Sieben“.

Während die deutsche und damit die schleswig-holsteinische und auch die schleswigsche Landwirtschaft sich offensichtlich auf die EWG ohne Freihandelszone einstellt und darin einzurichten gedenkt unter möglicher Beibehaltung der gegenwärtig noch bestehenden bundesrepublikanischen wirtschaftlichen Sicherungen und weitgehenden Abschirmung gegen die mögliche Konkurrenz der nationalen Wirtschaften innerhalb der EWG als auch gemeinsamer EWG-Abschirmung gegen Freihandelszone, sympathisieren Handel, Handwerk und Industrie in Schleswig-Holstein offensichtlich mit der Freihandelszone und ihrer Verwirklichung. Stimmen der Arbeitnehmerseite des Grenzlandes liegen bisher kaum vor, und soweit sie Stellung nehmen, beziehen sie sich auf die Regelung tarif- und arbeitsrechtlicher Einzelfragen – wie im Falle Danfoss Flensburg.

Dabei ist das Gebäude, in dem man sich einzurichten beginnt, durchaus noch ein provisorisches. Niemand weiß, wie es endgültig aussehen, wie später die Wirtschaftsgrenzen verlaufen werden. Gegenwärtig sieht es so aus, als ob es zunächst zu einem Zusammenschluß der „äußeren Sieben“, einer sogenannten „kleinen Freihandelszone“ neben der EWG kommen wird.

*

Das Flensburger Tageblatt meldete dazu: Die sechs Länder des Gemeinsamen Europäischen Marktes werden sich in Kürze einer Siebener-Handelsgemeinschaft gegenübersehen. Nach zweiwöchiger Dauer ging die Konferenz der sogenannten „äußeren Sieben“ in Saltsjöbaden bei Stockholm zu Ende. Die Vertreter der an der

Konferenz beteiligten Länder Österreich, Dänemark Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz und Großbritannien haben einen Entwurf für eine Handelsgemeinschaft fertiggestellt, der jetzt ihren Regierungen zugeleitet wird. Bereits Mitte Juli sollen die zuständigen Minister in Stockholm zusammentreten, um den Plan zu genehmigen.

Als Konzession an Dänemark, das durch einen Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft der „äußeren Sieben“ den Absatz seiner Landwirtschaftsprodukte im Raum der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der „inneren Sechs“ (Frankreich, Italien, die Bundesrepublik, Holland, Belgien und Luxemburg) gefährdet sieht, ist in dem Plan eine landwirtschaftliche Sonderregelung vorgesehen.

Die deutschen Nordschleswiger für Beitritt Dänemarks zur EWG.

Der Bund deutscher Nordschleswiger setzt sich aus allgemeinen Erwägungen und aus der Sicht des Grenzlandes für die EWG. und von dorthier für eine enge Zusammenarbeit in Europa auf breiter Grundlage ein. Er sieht es als seine Aufgabe an, sich sachlich und vorurteilsfrei mit den Einwänden auseinanderzusetzen, die gegen den Eintritt Dänemarks in die EWG. geltend gemacht werden. Jede Entwicklung, die dazu führt, die trennende Bedeutung der Grenze zu unterstreichen, widerspricht der politischen Konzeption des Bundes, der sich für einen Abbau der Bedeutung der Grenze und für eine Freizügigkeit im Grenzland einsetzt.

*

Hans Schmidt-Oxbüll unterstrich diese Auffassung in der Jahresversammlung noch besonders: Ich habe in zwei Folketingsdebatten den Gedanken vertreten, daß Dänemark Mitglied der EWG werden müsse, auch aus dem Grunde, daß es dazu berufen sei, von einer solchen Verknüpfung her als Brücke und Bindeglied zu den anderen nordischen Ländern und England zu wirken. Diese Berufung leitete ich ab von Dänemarks geographischer Lage, seiner wirtschaftlichen Struktur und von seinen kulturellen und politischen Bindungen dorthin. Das mag widerspruchsvoll klingen, denn die gleichen Argumente werden in Anspruch genommen von denen, die vor einem Beitritt warnen. In dieser Spannung, meine ich aber, kann auch die Lösung der Frage liegen, in welcher Weise die in letzter Zeit so stark ins Feld geführte Gefahr einer neuen Teilung Europas gebannt werden kann. Denn nach allem zu urteilen, ist Dänemark hier das Zünglein an der Waage, sowohl in seinem Verhältnis zu Skandinavien als auch in seinem Verhältnis zu England. Diese Entscheidung ist nicht leicht; das ist aber kein Beweis dafür, daß sie nicht im Sinne unserer Schau getroffen werden müßte. Im anderen Falle habe ich der Auffassung Ausdruck gegeben, daß diese verbindende Aufgabe dann zwangsläufig dem Grenzland übertragen sei, in

bescheidenerem Rahmen und mit lokaler Wirkung.

Unter allen Umständen aber ist es eine Realität, daß das Land an der Grenze zwischen Nord und Süd, das Grenzland Schleswig, seine besondere Bedeutung haben wird, und in dieser Perspektive hat auch u n s e r Ziel und u n s e r Weg seine besondere Bedeutung.

„Der Nordschleswiger“

Das neue Kommunalwahlgesetz und Südschleswig

Das vom schleswig-holsteinischen Landtag Mitte März beschlossene neue Kommunalwahlgesetz bringt vor allem eine wichtige Änderung, die besonders auch für das Grenzland von Bedeutung ist: es schaltet neben den sogenannten Rathausparteien auch die *Parteigruppen* aus, eine Bestimmung, die auch die im Grenzland unter nationalpolitischem Vorzeichen gebildeten Parteigruppen – wie z. B. in Flensburg die WDF, den kommunalpolitischen Zusammenschluß von CDU, FDP und GB/BHE – unmöglich macht.

Als Ersatz für die Parteigruppen sind die *Listenverbindungen* neu eingeführt worden. Danach können sich politische Parteien zu Verbindungen zusammenschließen, wobei jedoch jede Partei ihre eigene Liste behält. Eine Einheitsliste ist nicht zulässig. Der Vorteil für die Parteien, die sich zu einer Listenverbindung zusammenfinden, liegt in der Addition all ihrer für die Verteilung der Listenplätze in Frage kommenden Stimmen. Jede Partei, die am Listenausgleich teilnehmen will, muß für sich die 5-Prozent-Klausel übersprungen oder einen direkten Sitz erhalten haben.

*

Das „Flensburger Tageblatt“ gibt sicher der Meinung vieler Bewohner des Grenzlandes Ausdruck, wenn es hierzu schreibt:

Wir bedauern die Ausschaltung der Parteigruppen, denn wir sahen in ihnen, der Verbindung an sich selbständiger Parteien auf der kommunalen Ebene, eine Möglichkeit fruchtbaren Zusammenwirkens von politischen Kräften, die unbeschadet ihrer grundsätzlichen Unterschiedlichkeit in Fragen der größeren Politik kommunalpolitisch in ihren Zielsetzungen kaum auseinandergingen.

Gerade im Landesteil Schleswig wird man sich jedenfalls nicht abhalten lassen, Listenverbindungen zu erstreben. Wenn sich hier der SSW zu den großen Parteien rechnet, wenn er selbst einen aus parteipolitisch höchst unterschiedlich denkenden Kreisen zusammengesetzten Block darstellt, dann wird man es sich auf deutscher Seite nicht leisten dürfen, einem solchen Block mit einer völlig aufgesplitterten deutschen Parteienfront gegenüberzutreten. Das um so weniger, als die Listenverbindung eine mit demokratischen Grundsätzen durchaus zu

vereinbarende Maßnahme politischer Taktik darstellt. Solange der SSW im übrigen betontermaßen an einer Politik der weitgehenden nationalen, oder um es deutlicher zu sagen, der grenzrevisionistischen Zielsetzung festhält, solange muß auf deutscher Seite der Wunsch bestehen, auch in allen Wahlergebnissen – nicht zuletzt in der Zahl der wirklich gewählten Vertreter – den deutschen Charakter unseres Landes zu demonstrieren. Das alles wäre anders, wenn der SSW lediglich die politische Vertretung einer loyalen nationalen Minderheit und damit eine Partei wie alle anderen wäre.

Flensburgs SPD hat keine Neigung zum SSW

Zur Frage der Listenverbindungen bei den Kommunalwahlen in diesem Herbst liegt eine Stellungnahme des für diese Frage bedeutsamsten Kreisvereins der SPD, nämlich Flensburg-Stadt, vor:

Die Flensburger SPD sieht bei dem gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen auf die Kommunalwahl im Herbst keinen Anlaß, eine Listenverbindung mit dem SSW einzugehen. Sie hat im Augenblick „überhaupt keine Neigung“, sich zur Wahl mit irgendeiner Seite zusammenzuschließen.

Mit dieser Erklärung nahm der SPD-Kreisvereinsvorsitzende, Stadtrat Lingk, Stellung zu Vorschlägen aus Kreisen der dänischen Sozialdemokratie Nordschleswigs, die angeregt hatten, SPD und SSW sollten bei der Kommunalwahl in der Grenzstadt Zusammengehen und damit die Mehrheit im Flensburger Rathaus erobern.

Dänische Kirche in Südschleswig e. V.

Der „Kirchentag Südschleswigs“, die oberste Instanz der dänischen kirchlichen Arbeit südlich der Grenze, beschloß, die dänischen Gemeinden und Predigtstellen – insgesamt 106 – organisatorisch fester zusammenzuschließen. Die „Dänische Kirche in Südschleswig e. V.“ ist als eine „Übergangsform“ oder Zwischenform gedacht. Man rechnet dänischerseits mit neuen Verhandlungen mit der schleswig-holsteinischen Landeskirche, von deren Ergebnis die weiteren Schritte abhängen werden. Als Endziel wird sicher an die Errichtung einer selbständigen dänischen Volkskirche gedacht. Damit würde der einzelne vor die Entscheidung gestellt, die Bindung zur Landeskirche aufzugeben. In der Satzung der neuen Organisation heißt es: Es sei die Aufgabe, „dänische volkscirchliche Arbeit in Südschleswig auf evangelisch-lutherischen Boden zu fördern sowie die gemeinsamen Interessen der Gemeinden insbesondere gegenüber den bürgerlichen und kirchlichen Behörden des Landes wahrzunehmen.“ – Hauptpastor Westergaard-Jacobsen, Flensburg, bezeichnete die jetzt beschlossene Lösung als „vielleicht nicht ideal,

aber als die einzig gangbare“.

Nach kds.

Jacob Kronika geht nach Bonn

In der Hauptvorstandssitzung der SSV und des SSW am 23./24. Mai wurde mitgeteilt, daß Redakteur *Jacob Kronika* ab 15. August in Bonn als Korrespondent für „Flensburg Avis“ und die „Südschleswigsche Heimatzeitung“ tätig sein wird. Er ist von der SSV als Korrespondent in Bonn angestellt worden.

Das ist also der Ausweg, den die Führung der dänischen Minderheit gefunden hat, nachdem der SSW seit der Bundestagswahl 1957 zunächst eine sogenannte untraditionelle parlamentarische Vertretung im Bundestag wünschte und dann – zum ersten Male im Februar 1958 – Verhandlungen im Bundesinnenministerium über eine Wahrnehmung seiner Interessen in Bonn durch eine geeignete Persönlichkeit“ geführt hat. Innerhalb der dänischen Minderheit sprach man von der Errichtung eines Bonner Büros, dessen Leiter seitens der Bundesregierung oder des Bundestages mit besonderen Legitimationen und auch mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden sollte. Schließlich gab der SSW auf seiner Landesversammlung am 2. Mai in Eckernförde bekannt, daß die Angelegenheit zu einem „vorläufigen Abschluß“ gebracht sei. Der Vertreter der Behörden in Bonn hätte den südschleswigschen Unterhändlern erklärt, daß „jede Sonderregelung für die dänische Minderheit von entsprechenden Zugeständnissen an die deutsche Minderheit in Dänemark abhängig gemacht werden müßte“, falls das sich einmal als notwendig erweisen sollte. Darauf hätte man geantwortet, daß man von dänischer Seite in Südschleswig prinzipiell keine Gegenseitigkeit wünsche und daß man sich darüber hinaus nicht in innere dänische Angelegenheiten mischen könnte. Bonn sei nicht bereit gewesen, den Südschleswigern „weder mehr noch weniger als irgendeiner anderen Gruppe deutscher Staatsbürger“ zu geben. Deswegen habe man seinen ursprünglichen Beschluß über eine Vertretung in Bonn geändert und sich schließlich für die Errichtung einer Korrespondentenstelle entschieden.

Nach kds.

Das „Flensburger Tageblatt“ machte in diesem Zusammenhang zur Frage der Gegenseitigkeit einige grundsätzliche Bemerkungen:

Es ist doch wohl anzunehmen, daß diese Erklärung nur für den vorliegenden besonderen Fall Geltung haben soll. Würde der SSW allgemein die Gegenseitigkeit ablehnen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß die so erfreulich wirkungsvollen Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. April 1955 durchaus auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhen. Dieses Prinzip hat denn auch für die Deutschen im Grenzland grundlegende Bedeutung. Gewiß werden

wir bei offensichtlich verschieden gelagerten Verhältnissen nicht stur auf diesem Prinzip bestehen. Das ändert aber nichts an seiner grundsätzlichen Geltung, aus der beide Minderheiten – die dänische in Deutschland wie die deutsche in Dänemark – ihre Vorteile ziehen werden. Jedenfalls wird man auf deutscher Seite nicht bereit sein, diesen Grundsatz aus dem Auge zu lassen.

Deutsches und dänisches Minderheitenschulwesen

Sowohl der Deutsche Schul- und Sprachverein für Nordschleswig als auch der Dänische Schulverein haben Anfang Mai ihre Jahresversammlungen abgehalten, der eine in Tingleff, der andere in Husum. Die dort gegebenen Berichte und Zahlen lassen für die Entwicklung des Minderheitenschulwesens diesseits und jenseits der Grenze interessante Vergleiche zu. Während Zunahme und Abnahme der Schülerzahlen sich diametral gegenüberstehen, zeigen sich andererseits interessante Parallelen in der Arbeit und Entwicklung des beiderseitigen Schulwesens, die den Eindruck hinterlassen, daß eine ruhige und stetige, nur vom schulischen Interesse her bestimmte und dementsprechend von dem jeweiligen Herbergsstaat geförderte Arbeit beiden Minderheiten am dienlichsten und dem friedlichen Zusammenleben von Deutschen und Dänen am förderlichsten ist.

Die Entwicklung der deutschen Schulen in Nordschleswig

Nach dem in Tingleff gegebenen Jahresbericht setzt sich im Wiederaufbau des deutschen Schulwesens die ansteigende Linie fort. Die dreißig deutschen Schulen wurden 1958 von insgesamt 1231 Kindern besucht. Mit dem Zugang, der bei einer Reihe von Schulen durch die Verlegung des Schulbeginns in den Sommer bedingt ist, wird die Zahl in diesem Jahr auf 1286 und mit 27 Schülern der kommenden deutschen Gymnasialklasse auf insgesamt 1313 steigen. Die Zahl der Schulanfänger wird 191 sein, im April 94 und im August 97.

Der Staatszuschuß (1958 für 1957 ausgezahlt) betrug 951 793 Kronen, das ist eine Erhöhung um 201 184 Kronen gegenüber dem Jahr zuvor. Der Zuschuß wurde gezahlt für dreiundzwanzig Schulen, er betrug 58,9 Prozent ihrer gesamten Betriebsausgaben; bei den vier Stadtschulen waren es 80 Prozent, bei den Landschulen 43,1 Prozent.

An Bauvorhaben wurden zwei vollendet und eingeweiht: Feldstedt und Tondern. Der Neubau in Sonderburg wird bis zum Schulbeginn nach den Sommerferien fertiggestellt sein, der in Hadersleben ist inzwischen gerichtet. Für zwei Neubauten (Gymnasium in Apenrade, Schule in Seth) und zwei Anbauten (Schulen in Tingleff und Lügumkloster) liegen neue Anträge auf Materialbewilligung in Kopenhagen vor.

Neben den mit vier Mittelschulklassen und einer Realklasse voll ausgebauten

Examensschulen in Tingleff und Apenrade werden die Schulen in Hadersleben, Tondern und Sonderburg mit Beginn des neuen Schuljahres Realklassen erhalten. Auch die erste Klasse des neuen Gymnasiums in Apenrade wird dann ihren Unterricht aufnehmen.

Vom Kindergarten bis zum Abitur steht dann der deutsche Bildungsgang in Nordschleswig offen.

86 Lehrkräfte sind gegenwärtig an den deutschen Schulen in Nordschleswig beschäftigt. Davon sind 54 dort beheimatet und dänische Staatsbürger, während 32 von südlich der Grenze stammen und deutsche Staatsangehörige sind.

Das dänische Schulwesen in Südschleswig

Die Zahl der Schüler in den zweiundachtzig Schulen der dänischen Minderheit ist in diesem Jahre von 5432 auf 4968 zurückgegangen, also um 464, das sind 8,5 Prozent, gegenüber 8 Prozent im Jahr vorher. Schulen und Schüler verteilen sich auf die einzelnen Kreise wie folgt:

Schulen Schüler

| | Schulen | Schüler |
|-----------------|---------|---------|
| Flensburg-Stadt | 9 | 2130 |
| Flensburg-Land | 22 | 485 |
| Südtondern | 18 | 424 |
| Schleswig | 18 | 916 |
| Husum | 4 | 204 |
| Eckernförde | 4 | 331 |
| Eiderstedt | 5 | 224 |
| Rendsburg | 2 | 254 |
| <hr/> | | |
| Südschleswig | 82 | 4968 |

Der Landeszuschuß für die dänischen Schulen – ohne Rendsburg, Elsdorf, Westermühlen, Drage, Rieseby – betrug für das Jahr 1958/1959 insgesamt 1946 923,30 DM, das sind 388,22 DM je Kind = 80 Prozent von 485,27 DM, gegenüber 333,50 DM im Vorjahr.

Drei kleine Schulen, deren Schülerzahl unter das Mindestmaß, das für ihre Aufrechterhaltung als gangbar angesehen werden muß, gesunken ist, sind für eine „Wartezeit“ geschlossen worden. Es sind die Schulen in Stedesand, Damholm und Schwabstedt. Die Zahl der Lehrer beträgt jetzt 321, im Jahre 1958 waren es 340. Von ihnen sind 164 deutsche und 157 dänische Staatsangehörige.

*

Zur vorläufigen Schließung dieser Schulen äußerte sich „Sønderjyden“, die sozialdemokratische Zeitung Nordschleswigs:

Die leeren Schulhäuser in Teilen von Südschleswig wecken Besorgnis, in erster

Linie, weil die Schule das Fundament für die Kulturarbeit ist, die geleistet werden soll. – So sehr man die Entwicklung bedauert, muß doch festgehalten werden, daß es eine kluge Politik von dänischer Seite war, daß das Bauen von Schulen in Südschleswig nicht noch stärker vorangetrieben wurde – der Rückschlag würde dann soviel härter getroffen haben. Es war alles in allem ein Glück, daß Dänemark eine Politik nach den langen Linien und nicht eine Politik, die auf den Stimmungen des Augenblicks beruhte, zu führen wünschte.

Eine erfreuliche Feststellung:

Dank auf beiden Seiten

Der Vorsitzende des Deutschen Schul- und Sprachvereins dankte in seinem Bericht sowohl der Bundesregierung als auch der schleswig-holsteinischen Landesregierung und außerdem dem Unterrichtsministerium in Kopenhagen, das durch Anwendung einer Bestimmung des dänischen Freischulgesetzes auf die deutschen Privatschulen vier weiteren Schulen den Staatszuschuß gewährt und Entgegenkommen bei den Anträgen und Verhandlungen im Zusammenhang mit der Wiedererrichtung des deutschen Gymnasiums gezeigt habe. Man erhofft ein gleiches bei den Anträgen auf Materialbeschaffung.

*

Von dänischer Seite wurde auf der Jahresversammlung als ein „erfreulicher Umstand“ das anhaltende Steigen der Meßziffer bezeichnet, also des je Kind gezahlten Zuschusses für die dänischen Schulen, wie es auch an anerkennenden Worten für das Verständnis und Entgegenkommen seitens der Landesregierung in Fragen der drei Mittelschulen und der höheren Schule nicht fehlte.

Nach kds.

Johannes Schmidt-Wodder 90 Jahre

Jens Nydahl gratulierte

Zum neunzigsten Geburtstag Johannes Schmidt-Wodders überbrachte unser Erster Vorsitzender, Jens Nydahl, die Glückwünsche des Grenzfriedensbundes, der sich seinen Namen ja in Anlehnung an den 1909 gegründeten Friedensverein Schmidt-Wodders gegeben hat, der in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg unter anderen Verhältnissen für ein gesundes Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen eingetreten ist, wie es heute vom Grenzfriedensbund erstrebt wird.

Die Glückwünsche

der deutschen Volksgruppen

Der Bund deutscher Nordschleswiger veröffentlichte in seinem Jahresbericht

folgenden Glückwunsch an seinen Senior:

Zum 90. Geburtstag am 9. Juni 1959 übermitteln wir unserem Senior, Pastor Johannes Schmidt-Wodder, herzliche Glückwünsche. Wir danken für ein volles Leben im Dienst unseres Volkes. Wir glauben im Sinne Schmidt-Wodders zu handeln, wenn wir den Artikel von Hans Schmidt-Gorsblock, der erstmalig im Grenzfriedensheft 1959, Nr. 1, erschienen ist, in unseren Tätigkeitsbericht für das Jahr 1958/59 einbeziehen. Wir unterstreichen dadurch das verpflichtende Erbe und den inneren Zusammenhang mit unserem volklichen Leben und den Aufgaben der Gegenwart.

Der Lebensweg

Johannes Schmidt wurde am 9. Juni 1869 in Tondern als Sohn des Seminardirektors Niels Schmidt geboren; er wuchs im Pastorat Schwenstrup auf. Von 1880—1887 war er Schüler des Gymnasiums in Hadersleben und studierte in Leipzig, Greifswald und Kiel Theologie. Das zweite Examen legte er im April 1894 ab, danach wurde er Soldat und besuchte anschließend von Mai 1895 bis März 1896 das Predigerseminar in Hadersleben. In sein erstes und einziges Pfarramt in Wodder wurde er 1896 eingeführt, dort heiratete er am 1. Juni 1897 Johanna Hasselmann. Aus seiner Tätigkeit in der Gemeinde Wodder – daher stammt auch der Name Schmidt-Wodder – erzählt er in seinem Buch „Mensch zu Menschen in einer Grenzlandgemeinde“. 1905 gehört er zu den Mitbegründern der Volkshochschule in Tingleff.

In der Vorbereitungszeit für die Abstimmung übernahm er für den Übergang die Schriftleitung der „Neuen Tondernschen Zeitung“ und siedelte nach Tondern über. Im September 1920 wurde Schmidt-Wodder als deutscher Folketingsabgeordneter gewählt. Dieses Amt behielt er bis 1939.

1921 ernannte ihn die theologische Fakultät der Universität Kiel zum Ehrendoktor. 1939 siedelte er auf den Hof Petersholm bei Torsbüll über.

Im „Deutschen Schutzbund“, im „Verband deutscher Volksgruppen in Europa“ und im „Nationalitätenkongreß“ trat er nach 1920 für das Lebensrecht des deutschen Volkes und in selbstverständlicher Konsequenz auch für die kulturelle Autonomie aller Volksgruppen ein. Als die Zeitschrift „Nation und Staat“ erschien, wurde er einer der Herausgeber. So fügte sich die Arbeit für die Volksgruppe in größere Zusammenhänge ein.

1945 wurde er verhaftet und zunächst des Hochverrats und der Werbung beschuldigt. Nach einigen Wochen wurde er aus dem Gefängnis entlassen und in Petersholm interniert. Die Untersuchung wurde nach Jahresfrist ohne Erhebung einer Anklage eingestellt.

P. C.

Möge das Vergangene vergangen sein

Drei Probleme sind es, an deren baldiger Klärung und Lösung dem Bunde deutscher Nordschleswiger im Interesse einer endlichen und endgültigen Bereinigung der das Verhältnis von Deutschen und Dänen belastenden Hypotheken der Vergangenheit außerordentlich viel liegt. Es sind dies einmal die sogenannten Rückzahlungsforderungen des dänischen Staates wegen Zahlung von Familienunterhalt während des zweiten Weltkrieges an dänische Staatsangehörige, die in der deutschen Wehrmacht dienten. Es geht hier um die Rückzahlung von etwa einer Million Kronen – wobei inzwischen in Einzelfällen Erleichterungen gewährt wurden, eine endgültige Regelung aber noch aussteht. Zum anderen geht es um die Konfiskation „feindlichen deutschen Eigentums“, wo die Frist für Anträge auf Freigabe am 31. August 1959 abläuft.

Und drittens ist die Frage der Pensionszahlung an ehemalige dänische Staats- und Kommunalbeamte noch nicht geklärt, die der Volksgruppe angehören und im Zuge der sogenannten Rechtsabrechnung 1945 entlassen worden sind.

*

Gerade diese Frage hat auf der Jahresversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger einen breiten Raum eingenommen. Im gedruckten Tätigkeitsbericht ist eine sachliche Darstellung des heutigen Standes der Dinge zu finden, die nachstehend wenig gekürzt wiedergegeben wird:

Die Frage der Pensionszahlungen an ehemalige dänische Staats- und Kommunalbeamte, die der Volksgruppe angehören und die im Zuge der sogenannten Rechtsabrechnung 1945 entlassen worden sind oder ihre Pensionsansprüche verloren haben, ist vom Bund deutscher Nordschleswiger Jahre hindurch bearbeitet worden. In der Programmrede Hans Schmidt-Oxbülls nach der Folketingswahl 1953 wurde die Sache erstmalig auch im Folketing angeschnitten und ist dann immer und immer wieder vorgebracht worden, ohne daß es bisher möglich gewesen ist, eine zufriedenstellende Regelung zu erreichen.

Die Anträge

Anfang des Jahres 1956 sind vom Bund deutscher Nordschleswiger und unserem Abgeordneten 26 Anträge auf Zuerkennung von Pensionen bzw. auf Wiederaufnahme von Pensionszahlungen eingereicht worden.

Zu diesen 26 Anträgen kämen dann noch 48 Fälle hinzu, bei denen es sich um Lehrer der 1945 aufgelösten deutschsprachigen Kommunalschulen handelt. Diese Fälle wären vorweg vom Unterrichtsministerium zu bearbeiten.

*

Zunächst schien es so, als ob sich schon 1953 eine Regelung des Problems angebahnt hätte. Bereits 1952 wurde im Reichstag eine Gesetzesvorlage eingebracht, nach der entlassene Beamte das Recht haben sollten, von der Vollendung des 65. Lebensjahres ab eine Pension zu beziehen, die in ihrer Höhe nach den Dienstjahren bis zur tatsächlichen Entlassung berechnet werden sollte. Dieser Vorschlag ist aber niemals Gesetz geworden, so daß dann der Weg der Einzelbewilligungen durch den Finanzausschuß des Reichstages angestrebt werden mußte.

Der Zeitpunkt schien 1956 für diese Anträge günstig zu sein, da der Finanzminister bereits mit Schreiben vom 17. Dezember 1955 einige Anträge mit Befürwortung an den Finanzausschuß weitergegeben hatte.

Unter diesen Anträgen befand sich auch der Vorschlag, der Witwe des Kapitänleutnants C. F. von Schalburg, Frau Helga Friederikke von Bülow, der Witwe des gefallenen Chefs vom Frikorps Danmark, eine Pensionszahlung zuzuerkennen.

Bedauerlicherweise wurde dieser Fall in der Presse in Kopenhagen sensationell aufgemacht und zum Gegenstand einer unnötigen Polemik gemacht. Das Ergebnis war, daß nicht nur dieser Antrag liegenblieb, sondern daß auch die anderen Anträge, die gleichzeitig eingereicht worden waren, nicht bewilligt wurden.

Parteipolitik als Hemmschuh

Seitens der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist die Pensionsfrage im Verlauf der letzten Jahre immer wieder vorgebracht worden, und das Finanzministerium hat sich auch bereitgefunden, die Fälle erneut dem Finanzausschuß vorzulegen.

Auf Grund der Polemik in der Öffentlichkeit und der bedauerlichen Tatsache, daß parteipolitische Gesichtspunkte sich in der Bearbeitung dieser für die Betroffenen so außerordentlich wichtigen Frage geltend machen, verlangte die Sozialdemokratie als führende Regierungspartei aber Einstimmigkeit im Finanzausschuß für die Wiederzuerkennung von Pensionen. Diese wurde nicht erreicht.

Später hat der Finanzminister dann die Forderung nach Einstimmigkeit fallengelassen, aber weiterhin eine teilweise Zustimmung seitens der Oppositionsparteien verlangt. Diese konnte bis heute nicht erzielt werden. Der Sachverhalt ist demnach heute der, daß die Regelung der einzelnen Pensionsfälle von zwei Seiten her gescheitert ist:

1. Die bürgerlichen Parteien haben die Übernahme einer Mitverantwortung und damit eine parteipolitische „Neutralisierung“ des Problems abgelehnt.

2. Die Regierungsmehrheit im Finanzausschuß hat eine positive Lösung unter alleiniger Übernahme der Verantwortung abgelehnt.

Stellungnahme des Bundes deutscher Nordschleswiger

Der Hauptvorstand des Bundes deutscher Nordschleswiger ist der Auffassung, daß die Bemühungen um eine Regelung der Pensionsrechte energisch fortgesetzt werden müssen. In dieser Verbindung werden u. a. folgende Gesichtspunkte geltend gemacht:

1. Mit Wirkung vom 1. April 1954 ist eine Neuregelung des dänischen Beamtenrechtes eingetreten, wonach die Verurteilung eines Beamten in Zukunft nicht den Verlust von Pensionsrechten nach sich zieht. Von diesem Grundsatz wird nur dann eine Ausnahme gemacht, wenn die Art der strafbaren Handlung die naheliegende Gefahr eines Mißbrauchs der Stellung begründet. Auch die Einziehung einer Pension auf Grund des Verhaltens eines bereits pensionierten Beamten ist nicht mehr vorgesehen.

Die moderne Auffassung in Dänemark geht allgemein dahin, den Begriff der sogenannten bürgerlichen Ehrenrechte abzuschaffen. Die sogenannten Nebenwirkungen einer Verurteilung werden abgelehnt. Nach Verbüßung der Strafe soll der Betroffene nach jeder Richtung hin wieder gleichberechtigt in der Gemeinschaft arbeiten und leben können.

Dieses Prinzip bezieht sich zwar erst auf Urteile, die nach dem 1. April 1954 fallen. Es wäre aber angemessen, auch bei Urteilen, die auf Grund des Strafsondergesetzes vom Juni 1945 gegen Beamte gefällt worden sind, nach demselben Prinzip zu verfahren und ihnen demgemäß erneut Pensionsansprüche zuzuerkennen. Eine Aufrechterhaltung des Pensionsentzugs stellt eine außerordentlich harte und fortdauernde zusätzliche Bestrafung der Betroffenen dar.

2. Was für die Beamten gilt, die auf Grund einer Verurteilung nach dem Strafsondergesetz ihre Pensionsansprüche verloren haben, ist naturgemäß erst recht anzuführen für die Fälle, in denen keine Verurteilung nach dem Strafsondergesetz, sondern nur ein Beamtendisziplinarverfahren nach dem Gesetz Nr. 322 vom 7. Juni 1945 möglich war und zum Verlust der Pension geführt hat.

Strafbare Handlungen im Sinne dieses Gesetzes waren

- a) Mitgliedschaft in der nationalsozialistischen Partei oder einem ähnlichen Zusammenschluß,
- b) Unwürdiges nationales Auftreten innerhalb und außerhalb des Dienstes,
- c) Hilfe für die Besatzungsmacht in einem Ausmaß, das über die Hilfe hinausging, die auf Grund dienstlicher Pflichten geboten war.
- d) Verkehr mit Mitgliedern der Besatzungsmacht in einem Ausmaß, der über

das Notwendige hinausging.

Schon die Formulierung dieser Tatbestände läßt erkennen, daß die Grundlage für das Disziplinarverfahren außerordentlich unklar und schwankend ist. Wenn z. B. von unwürdigem nationalem Auftreten die Rede ist, so wäre ja gerade hier zu berücksichtigen, daß die Mitglieder der Volksgruppe zwar wie jeder andere Beamte dem dänischen Staat verpflichtet waren, aber nicht zur nationalen Gemeinschaft des dänischen Volkes gehörten oder gehören konnten.

Hilfe für die Besatzungsmacht oder Verkehr mit Wehrmichtsangehörigen konnte, auch das ergibt sich indirekt aus der Formulierung der Strafbestimmungen, dienstlich sogar geboten sein.

Der Innenminister hatte in einem Rundschreiben vom 29. Aug. 1940 an die Amtmänner ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein gewisser gesellschaftlicher Verkehr über die rein dienstlichen Beziehungen hinaus zwischen dänischen und deutschen Beamten und Wehrmichtsangehörigen erwünscht sei, um ein gutes Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Wehrmacht herzustellen. Auch das wäre wohl zu berücksichtigen, wenn kleine Beamte, die der deutschen Volksgruppe angehören, gesellschaftliche Beziehungen zu ihrer deutschen Zwangseinquartierung unterhalten haben.

3. Eine Durchsicht der Anklagepunkte in den Beamtendisziplinarverfahren nach 1945 läßt erkennen, daß damals Vorgänge eine Rolle gespielt haben, denen man heute kein Gewicht mehr beilegen würde. Es kann hier z. B. darauf verwiesen werden, daß die Aufnahme von Flüchtlingen, von Frauen und Kindern, die Einquartierung einer Krankenschwester von einem deutschen Lazarett, die Verpflegung von Eisenbahnbeamten, die Teilnahme an Filmabenden oder Eintopfessen, die Mitgliedschaft in den Berufsgruppen sowie Spenden für das Winterhilfswerk damals als belastendes Material in den Anklageschriften auftauchten.
4. Die Ablehnung der Anträge auf Zuerkennung von Pensionen entspricht nach Auffassung des Bundes deutscher Nordschleswiger in keiner Weise der allgemeinen Auffassung der dänischen Bevölkerung des Grenzlandes. Soweit sie sich bei den ihr nahestehenden Parteien für eine positive Erledigung eingesetzt haben sollte, hat sie sich mit ihrer Auffassung nicht durchgesetzt.

Der Bund hofft aber, daß es möglich wird, die Grundlage für eine positive Lösung der Frage zu verbreitern. Aus sozialen und menschlichen Gründen ist es dringend erwünscht, die Einzelfälle sowohl in Kopenhagen als auch in Nordschleswig so schnell wie möglich im Sinne der Antragsteller zu erledigen.

Sind die Polen in Deutschland eine Volksgruppe?

In dem Bericht über den Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) 1958 in Innsbruck, der zunächst im „Nordschleswiger“, dem Publikationsorgan der deutschen Volksgruppe, erschienen war, schrieb Mathias Hansen: „Es folgten (in der Vollversammlung des Kongresses) ein Bericht des Präsidenten des Bundes der Polen in Deutschland. Es handelte sich hier um Forderungen der im Ruhrgebiet und anderen Teilen Deutschlands wohnenden Polen an die Regierung der Bundesrepublik.“ – Er schloß daran die Bemerkung: „Ohne bezweifeln zu wollen, daß der Bund der Polen in Deutschland statutengemäß als ordentliches Mitglied der Union aufgenommen worden ist, kann man doch wohl berechnigte Zweifel darüber haben, ob diese freiwillig besserer Arbeitsverhältnisse wegen nach Deutschland ausgewanderten Polen wirklich eine Volksgruppe *in dem von uns verstandenen Sinne sind.*“

*

Soweit der Bericht. Mathias Hansen hat nichts darüber gesagt, was nach seiner Meinung bzw. der der deutschen Nordschleswiger zum Begriff einer „echten“ Volksgruppe gehört.

Der Präsident des Bundes der Polen hat daraufhin dem Grenzfriedensbund in einem Briefe sein Befremden über diese Ansicht ausgesprochen, mit der Erwartung, daß die beanstandete Stelle der Auffassung des Bundes der Polen entsprechend berichtigt werden möchte.

Wer sich nur ein klein wenig in der Sache auskennt, der weiß, daß es fast unmöglich ist, eine für alle passende Definition des Begriffes „Volksgruppe“ zu geben. Die FUEV ist diesem Dilemma ja auch dadurch ausgewichen, daß sie praktisch alles als zugehörig rechnet, was „von sich aus“ den Anspruch erhebt, Volksgruppe zu sein. Der Grenzfriedensbund hat darum den Bund der Polen gebeten, die „Berichtigung“ selbst zu schreiben und darzulegen, warum er sich als Volksgruppe betrachtet und Mathias Hansens Fragezeichen so sehr sein Mißfallen erregt hat. Die eingegangene Antwort scheint uns die Entscheidung, ob Volksgruppe oder nicht, durchaus nicht zu erleichtern. Es wird durch sie niemandem erspart, sich selbst eine Meinung darüber zu bilden, ob die im Bund der Polen Organisierten nun auch sind, was sie durchaus sein wollen. Die Antwort kann so oder so ausfallen, und das hat mit Übelwollen oder gar Böswilligkeit absolut nichts zu tun. Das wird auch der Bund der Polen einsehen müssen, der zum Beweise der Volksgruppeneigenschaft der Polen in Deutschland folgendes mitteilt:

Die Polen im Bundesgebiet sind Staatsangehörige der Bundesrepublik von Geburt her. Ihre Vorfahren sind allerdings vor etwa neunzig Jahren nach den westlichen

Teilen der heutigen Staatsgrenzen zugezogen, und zwar ebenfalls aus reichsdeutschen Gebieten, nämlich aus den damaligen Provinzen Posen, Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien, insbesondere aus dem oberschlesischen Teil dieser Provinz. Daß diese genannten Teile Preußens erst sukzessive preußisch geworden waren, die drei ersteren ab 1772, Oberschlesien ab 1763, ist die Folge der Teilungen des Königreichs Polen und der Schlesischen Kriege. Es ist unschwer, zu erkennen, daß die Bewohner dieser Gebiete – wie dies bei Eroberungen immer und in aller Welt geschieht – mit den jeweiligen Friedensschlüssen bzw. Einverleibungen des Staatsgebietes in den Herrschaftsbereich des Siegers auch dessen Staatsangehörigkeit erlangten. Somit sind die Vorfahren der Bundespolen seit rund zweihundert Jahren der deutschen Staatszugehörigkeit beizuzählen. Dies wird weder rechtlich noch tatsächlich wohl keinerlei Zweifel unterliegen. Die Tatsache, daß man schon um die achtziger Jahre um bessere Existenzbedingungen sorgte und daher unsere Vorfahren hierherkamen, ist praktisch nicht anders zu werten als heute, wo die Migration innerhalb des Bundesgebiets ebenso besteht wie vor rund hundert Jahren, und zwar genauso aus dem gleichen Grunde wie damals, d. h. aus Gründen einer Existenzverbesserung. Wenn indessen wir, unseren Vorfahren folgend, unser Sprachgut und Volkstum hochhalten, so geschieht das mit derselben angeborenen Pflicht, das Erbgut zu ehren und zu fördern, wie dies auch mit vollem Recht der friesische Volksteil der Bundesrepublik und alle Volksteile anderer Länder (FUEV.) tun.

„Ethnie“ = ein neuer Begriff

„Forces Vives“

Unter diesem Motto fand vor einiger Zeit in Charleroi (Belgien) eine Tagung aller europäischen Gruppen des französischen Sprach- und Kulturraumes statt. Es nahmen daran Vertreter Walloniens, Frankreichs, der Französischen Schweiz und des Aostatales in Nordwestitalien teil. Einberufer war die „Fondation Charles Plisnier“ in Brüssel, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die kulturelle Verbindung zwischen den einzelnen französischen Volksgruppen in Europa und Übersee zu intensivieren. Sie pflegt außerdem das wallonisch-flamische Gespräch.

Auf der Tagung wurden Gedanken formuliert, die man bisher im französischen Raum kaum für möglich hielt. So mühte man sich um Begriffe, mit denen sich die französische Sprach- und Kulturgemeinschaft umschreiben läßt. Man wählte hierfür den Begriff „Ethnie“ (vom griechischen Ethnos = Volk). Der Vorsitzende der „Fondation Charles Plisnier“ erläuterte den Begriff so: „Eine Ethnie“ umfaßt menschliche Gemeinschaften, Völker und Nationen, unterschieden durch Staatsbürgerschaft und Religion, aber eins in der Kultur und durch die

gemeinsame Seelenhaltung, die aus dem Gebrauch der gleichen Sprache erwächst.“

Das entspricht etwa dem, was man im deutschen Raum als „Kulturnation“ bezeichnet. Der Begriff „Nation“ bezeichnet im Französischen weiterhin die Gesamtheit der Staatsbewohner. So gehört z. B. der Aostaner seiner Staatsangehörigkeit nach zur italienischen Nation, aber seine Sprache und seine Kultur weisen ihn der „Ethnie Française zu.

Irredentistische Gedankengänge wurden abgelehnt. Es wies aber der Wallone M. Duvieusart darauf hin, daß in einem vereinten Europa drei Gesichtspunkte beachtet werden müßten:

1. Politische Loyalität gegenüber dem Staat (der französische Text sagt „Nation“),
2. Europa soll eine wirtschaftliche Einheit bilden, die den anderen Blöcken ebenbürtig ist,
3. muß in kultureller Hinsicht auf die „ethnischen Gemeinschaften“ Rücksicht genommen werden.

Überall klang in den Reden die Hoffnung auf Europa durch. So schloß einer der Aostaner Delegierten, M. Pierre Fosson, seine Rede mit den Worten: „Möge Europa den ethnischen und sprachlichen Minderheiten immer mehr Achtung entgegenbringen. Das ist der Wunsch eines kleinen Bergvolkes, die Sehnsucht eines kleinen Volkes, das nicht sterben will.“

Möge dieser Wunsch den entsprechenden Widerhall besonders in den „klassischen“ Minderheitenräumen Mittel- und Osteuropas finden.

Die Vorträge sind in einem Sammelband „Forces Vives“ zusammengefaßt, der bei der „Fondation Charles Plisnier“ 118 rue Beekman, 18 Uccle Bruxelles, Belgien, bestellt werden kann.

Es ist bedauerlich, daß dieser Kongreß außer in Südtirol im deutschen Sprachraum anderweitig kaum Widerhall gefunden hat.

L. S., Innsbruck

Satzung des Grenzfriedensbundes

Beschlossen in der Jahresversammlung am 6. Juni 1959 in Husum

I.

Name, Sitz und Aufgabe

§1

Der Grenzfriedensbund ist ein eingetragener Verein mit dem Sitz in Husum. Er will deutsche Kulturarbeit leisten in europäischem Geiste.

Dazu widmet er sich der Förderung kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben. Der Verein will die Aufmerksamkeit öffentlicher und privater Kreise Deutschlands auf die Aufgaben im nördlichen Grenzlande hinlenken.

II.

Mitgliedschaft

§2

Die Mitgliedschaft kann von Einzelpersonen und Korporationen erworben werden. Die Anmeldung ist an die Geschäftsstelle zu richten. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

§3

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Streichung, Ausschließung oder Tod.

Der Austritt ist nur zum Schluß eines Geschäftsjahres möglich. Er muß schriftlich gegenüber der Geschäftsstelle erklärt werden.

Durch Beschluß des Vorstandes kann als Mitglied gestrichen werden, wer seiner Beitragspflicht nicht ordnungsmäßig nachkommt.

Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es gegen die Interessen des Bundes verstößt. Die Entscheidung hierüber liegt beim Vorstand. Der Betroffene muß vorher gehört werden. Er kann gegen den die Ausschließung aussprechenden Beschluß Beschwerde bei der Geschäftsstelle erheben. Über die Beschwerde entscheidet die Mitgliederversammlung.

§4

Jedes Mitglied hat in der Mitgliederversammlung eine Stimme.

§5

Schließen sich mehrere Mitglieder eines gemeinsamen Wohnortes zu einer Gruppe zusammen, so wählen sie einen Vertrauensmann, der die Verbindung mit dem Vorstand aufrechterhält.

§6

Der Beitrag für ein Einzelmitglied beträgt jährlich mindestens 1,— DM, für korporative Mitglieder mindestens 10,— DM.

§7

Das Geschäftsjahr des Bundes beginnt jeweils am 1. April und endet am 31. März.

III.

Die Organe des Bundes

§ 8

Organe des Bundes sind:

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand
- c) der Beirat

a) *Die Mitgliederversammlung*

§9

Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahre statt. Die Einladung erfolgt schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mindestens drei Wochen vorher. Tagungsort und Tagesordnung werden vom Vorstand beschlossen. Anträge sind mindestens vierzehn Tage vorher dem Vorstand über die Geschäftsstelle einzureichen.

§10

Die Mitgliederversammlung nimmt den Tätigkeits- und Kassenbericht des Vorstandes entgegen und erteilt die Entlastung.

Sie wählt alle zwei Jahre den Vorstand sowie drei Revisoren, die die Rechnungslegung vor Erstattung des Kassenberichtes überprüfen.

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt.

Für Satzungsänderungen bedarf es in allen Fällen einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit gilt eine Sache als abgelehnt.

§11

Außerordentliche Mitgliederversammlungen können vom Vorstand nach Bedarf einberufen werden. Sie müssen einberufen werden, wenn es von mindestens fünfzig Mitgliedern beantragt wird.

b) Der Vorstand

§12

Der Vorstand besteht aus dem ersten Vorsitzenden, dem zweiten Vorsitzenden und sieben Beisitzern. Er kann für besondere Aufgaben Arbeitsausschüsse bilden.

§13

Der Vorstand ist für die Geschäftsführung des Bundes verantwortlich. Die Führung der Geschäfte überträgt er zwei Vorstandsmitgliedern.

Er tritt nach Bedarf zusammen, jedoch mindestens einmal vierteljährlich.

Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens fünf seiner Mitglieder anwesend sind.

§14

Der erste Vorsitzende vertritt den Bund im Sinne des Gesetzes.

§15

Über die Verhandlungen der Mitgliederversammlungen und über die Sitzungen des Vorstandes sowie über deren Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen. Sie sind vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

c) Der Beirat

§16

Zur Unterstützung und Beratung des Vorstandes wird ein Beirat gebildet. Ihm gehören die Vertrauensleute der Gruppen an. Der Vorstand kann weitere Mitglieder in den Beirat berufen.

IV.

Auflösung des Bundes

§17

Zur Auflösung des Bundes bedarf es einer hierzu einzuberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung. Der Auflösungsbeschluß kann nur mit dreiviertel Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt werden.

Wird von Seiten des Vorstandes hiergegen Widerspruch erhoben, so muß binnen

zwei Monaten eine neue Mitgliederversammlung einberufen werden, die erneut über die Auflösung beschließen muß.

Im Falle der Auflösung des Bundes fällt das Vermögen an die Bundesregierung bzw. an die Landesregierung in Kiel zurück.